

2008-11-11

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Stadtrates am 22.10.2008

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 20:30 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau
Leitung der Sitzung: Herr Dr. Exner Stadtratsvorsitzender
Herr Hoffmann 1. Stellvertreter
Frau Storz 2. Stellvertreterin

Anwesend: **Soll: 50** **Ist: 42**

Die Ist-Zahl entspricht der Höchstzahl der anwesenden Stadträte; Änderungen während der Sitzung sowie das Stimmrecht des Oberbürgermeisters wurden bei den Abstimmungsergebnissen berücksichtigt.

Es fehlten:

Fraktion der CDU

Brumme, Kurt

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau

Geier, Erhard

Schönemann, Ralf

Stabbert-Kühl, Sabine

Unentschuldigt

Fraktion der SPD

Müller, Angela

Fraktion Bürgerliste/DIE GRÜNEN

Noack, Isolde

Weber, Ralf-Peter Dr.

Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM

Böhler, Axel

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, eröffnete die Sitzung des Stadtrates und stellte die ordnungsgemäße Ladung des Gremiums fest. Er gab bekannt, dass derzeit 35 Stadträte sowie der Oberbürgermeister anwesend sind, das Gremium somit beschlussfähig ist.

2. Beschlussfassung der Tagesordnung

Zur ausgereichten Tagesordnung stellte **Herr Pohl, CDU-Fraktion**, den **Antrag**, den Tagesordnungspunkt **7.12 Beteiligungsrichtlinie** der Stadt Dessau-Roßlau **von der Tagesordnung zu nehmen**. Im Vorfeld der Sitzung ist die Zustimmung zu diesem Antrag von den Fraktionen Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM, SPD und Bürgerliste/Die Grünen signalisiert worden.

Den Antrag begründend, bestätigte Herr Pohl die Wichtigkeit dieser Vorlage für die zukünftige Arbeit der Stadt, nicht zuletzt angesichts aktueller, auch wirtschaftlicher Probleme. Da sie aber sehr umfangreich und detailliert ist und viele Regelungen bis hin zu Geschäftsführer-, Gesellschafterverträgen, Rechten und Pflichten von Aufsichtsratsmitgliedern enthalte, sehen sich die Stadträte außer Stande, am heutigen Tag eine vollkommene komplexe Würdigung dieser Vorlage vorzunehmen. Außerdem sei nach seiner Einschätzung kein erhöhter Termindruck gegeben, so dass man in der Stadtratssitzung am 3. Dezember darüber sprechen könnte.

Weiter führte Herr Pohl aus, dass u. a. als Ziel in dieser Vorlage definiert ist, die öffentlichen Interessen der Stadt Dessau-Roßlau und unternehmerischen Einzelinteressen in Einklang zu bringen, ohne unternehmerische Entscheidungsspielräume einzuschränken. Wenn man aber sieht, dass im Gesellschaftsvertrag und in der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung allein 21 zustimmungsbedürftige Geschäfte definiert sind, sollte allein dieser Komplex gründlich untersucht werden. Unter dem Punkt strategische Aufgaben ist quasi ein Vetorecht für das Beteiligungsmanagement festgeschrieben, was nicht sein könne, und Ausführungen, die in Rechte und Pflichten von Aufsichtsratsmitgliedern eingreifen. Als weitere Punkte mit Diskussions- und Klärungsbedarf nannte Herr Pohl die Berücksichtigung von Interessen durch die Aufsichtsratsmitglieder und ihre Entschädigung für Arbeitsausfälle.

Dem Antrag auf **Absetzung** des Tagesordnungspunktes **7.12** wurde mehrheitlich **zugestimmt** (33:00:03).

Die somit geänderte Tagesordnung wurde einstimmig beschlossen (36:00:00).

3. Genehmigung der Niederschrift vom 10.09.2008

Die Niederschrift wurde einstimmig genehmigt.

4. Berichte des Oberbürgermeisters

4.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

Herr Oberbürgermeister Koschig führte aus, man blicke auf einen sehr arbeitsreichen Berichtszeitraum zurück, der vor allem im Zeichen der Haushaltskonsolidierung stand und auch die heutige Sitzung wesentlich prägen wird. Dank spreche er allen Stadträtinnen und Stadträten, den Mitarbeitern der Verwaltung, den Mitarbeitern und Geschäftsführern der kommunalen Unternehmen, unseren Personal- und Betriebsräten, die an der Vorbereitung hier mitgewirkt haben, aus. Das Thema werde uns auch noch weiter begleiten, was auch für das Bürgerbegehren für den Erhalt der Unternehmen der Daseinsfürsorge im Eigentum der Stadt Dessau-Roßlau gelte.

Derzeit werden alle 9000 Unterschriften im Hause geprüft, was bei positiver Schätzung etwa 300 Arbeitsstunden in Anspruch nehmen wird. Er hoffe, in der Januar-Sitzung zum Arbeitsstand informieren und evtl. auch schon die Feststellung der Zulässigkeit des Begehrens vortragen zu können. In der darauf folgenden Sitzung könnte sich dann der Stadtrat mit dem Begehren selbst befassen. Tritt der Stadtrat dann dem nicht bei, stünde der Tag der Europawahl am 7. Juni 2009 für einen Bürgerentscheid zur Verfügung.

Zur **Erfüllung der Beschlüsse** der vergangenen Sitzung informierte Herr Koschig, dass die Wiederaufnahme des Planverfahrens des Bebauungsplanes Nr. 196, Kreisstraße im Ortsteil Meinsdorf, bekannt gemacht wurde. Ebenso die Satzung über die Veränderungssperre für den Bebauungsplan Nr. 151 „Revitalisierung Gasviertel“ - 1. Änderung.

Wirtschaftsförderung

Auch in diesem Jahr wird der Unternehmerpreis Dessau-Roßlau ausgelobt. Gewürdigt werden besondere unternehmerische Leistungen sowie die Entwicklung herausragender innovativer Lösungen. Bis zum 31. Oktober werden durch die Wirtschaftsverbände und Mitglieder des Wirtschaftsbeirates Vorschläge eingereicht. Die Auszeichnung soll wie in den Vorjahren im Rahmen des Neujahrsempfanges der Dessau-Roßlauer Wirtschaft vorgenommen werden.

Am 2. Oktober konnte auf dem Gelände des Flugplatzes das Richtfest für den Neubau der Fertigungshalle der Schaltschrank GmbH der „Geier-Gruppe“ gefeiert werden.

Baugeschehen

- Der Rohbau der **Brücke für den Neubau der Bahnhofstraße** über den künftigen neuen Westausgang wurde am 9. Oktober fertig gestellt. Der Straßenbau in der Rathenaustraße zwischen Liebknecht- und Hegelstraße ist inzwischen abgeschlossen. Der Westausgang des Hauptbahnhofes ist seit dem 30.09.2008 bis Bauende im April 2009 aus Sicherheitsgründen voll gesperrt. In dieser Zeit werden das neue Eingangsgebäude des Westausgangs, der P+R-Platz und der Bahnhofsvorplatz am Westausgang errichtet. Zurzeit erfolgen Tiefbauarbeiten in der Rathenau- und Liststraße, ab der 48. Kalenderwoche ist der Einbau der Schwarzdecke geplant. Hier liegen wir bei allen Maßnahmen im gültigen Bauablaufplan.

- **Ausbau B 185 (Orangeriestraße)/Knoten Am Hanfgarten/Anhalterstraße in Mosigkau und Neubau Bauwerk 24 im Zuge der B 185 in der Ortslage Mosigkau**

Die Arbeiten im unterirdischen Baufeld sind weitestgehend abgeschlossen, lediglich im Bereich Anhalter Straße sind noch Arbeiten zu realisieren. Der Einbau der Schwarzdecke erfolgte Anfang Oktober. Gegenwärtig erfolgt der bituminöse Fugenverguss zwischen Fahrbahn und Rinne und um die Straßeneinbauten. Gleichzeitig werden mit ver-

stärktem Einsatz die Nebenanlagen realisiert. Leider fällt in diese Maßnahme, die mit einer Vollsperrung verbunden ist, eine weitere Straßenbaumaßnahme, nämlich die Erneuerung der Straßendecke der L 63 zwischen Aken und Dessau im Zeitraum von 8.10.-30.10.08 unter Vollsperrung des Straßenabschnittes. Landrat Schulze und Herr Koschig haben sich gemeinsam beim Bauminister dafür eingesetzt, diese Maßnahme zeitlich zu versetzen, um die zusätzliche Belastung der Anwohner unserer Umleitungsstrecke zu verhindern. Das war aus mehreren Gründen nicht möglich. So komme es zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen durch den Umleitungsverkehr über Chörau in der Ortslage Mosigkau, der zusätzlich die Erich-Weinert-Straße und den Rüterweg belastet. Er danke allen Einwohnern für ihre andauernde Geduld während der Baumaßnahme. Die Arbeiten liegen auch hier gut im Plan.

- Beim **Ersatzneubau der Brücke BW 24 in Höhe Einmündung „Vor dem Rößling“** liegt die Baufirma zwar 3 Arbeitstage im Verzug, hat aber das Bauende für den 12. Dezember weiter zugesagt.

- Sanierungsgebiet Teichstraße in Dessau-Nord

Die Maßnahme wurde durch die Firma Strabag termingerecht begonnen und liegt auch im vorgegebenen Bauablauf. Hier werden alte Fernwärmeleitungen zurückgebaut, Schächte für Abwasser saniert und Hausanschlüsse hergestellt.

- Termingerecht fertig gestellt wurde die **Oranienstraße im Sanierungsgebiet Dessau-Nord**.

- Am **Bauhausplatz/Gropiusallee** wurde die Maßnahme termingerecht begonnen und liegt im Bauablaufplan.

- Mitten im Baugeschehen ist der **Kreisverkehr am Finkenherd in Roßlau**. Derzeit werden alle Leitungen für Abwasser, Regenwasser und Trinkwasser und ab der 43. KW wird durch die Mitgas auch die Gashochdruckleitung verlegt. Die Maßnahme wird in Verantwortung des Landesbetriebes Bau durchgeführt. Vertraglich vereinbarte Termine werden bisher eingehalten. Vom 24. Oktober bis 3. November ist hier eine Vollsperrung erforderlich. Die Umleitung führt über das Kasernengelände am Technischen Rathaus vorbei.

- Durch die Insolvenz der Fa. Eichele gab es Schwierigkeiten bei der Realisierung der Restleistungen für die **Eduardstraße**. Durch den Insolvenzverwalter wurden die Mittel für die Geländer am Wohnblock und am Tennisplatz sowie die Fertigstellung der Grünanlagen freigegeben. Derzeit werden die Restleistungen ausgeschrieben, um dann zum Abschluss gebracht zu werden.

Stand der Baumaßnahmen

- Bei der Aufwertung **ANDES-Räucherturm** ist die Sanierung bis auf einzelne Restleistungen abgeschlossen. Die künstlerische Gestaltung erfolgt derzeit und wird voraussichtlich bis Ende November abgeschlossen.
- **Umbau des ehemaligen AOK-Gebäudes:** Das „Sport- und Kurshaus am Philanthropinum Kurt Elster“ wurde am 21.08.2008 an das Schulverwaltungsamt übergeben. Die Eröffnung erfolgte zur Nacht des Stadtumbaus am 12.09.2008 mit einer großartigen Beteiligung unserer Bürgerschaft. Zur Feierstunde und Danksagung an alle Beteiligten am 09. Oktober war auch die Tochter des Architekten Kurt Elster anwesend.

- Ebenfalls große Resonanz fand das **Kulturzentrum Altes Theater**. Die Übergabe an den Nutzer erfolgte am 11.09.2008. Herr Landgraf und Herr Koschig konnten sich im Rahmen der Feierstunde bei allen Beteiligten bedanken. Die Eröffnung des Objektes findet am 31.10.2008 mit den ersten Premieren statt. Am „Altem Theater“ waren 33 Firmen tätig, die hauptsächlich durch öffentliche Ausschreibungen den Zuschlag zur Ausführung erhielten. 13 Firmen waren aus Dessau-Roßlau, ebenfalls die 5 beauftragten Planungsbüros.
- Die Bauhauptleistungen für die **Generalsanierung der Astronomischen Station** am Gropiusgymnasium sind abgeschlossen. Momentan befinden sich die Ausbaugewerke sowie die Ausstattung in der Ausführung. Man ist dabei, die Restfinanzierung zu organisieren, damit auch noch die Haube aufgesetzt werden kann.
- Bezüglich des **Interkulturellen Generationenpark** fand der 1. Spatenstich zur Umgestaltung des Stadtparks statt. Im Bereich Vorpark Süd, Landschaftsbauarbeiten, erfolgte die Umgestaltung des Freiraums zwischen Springbrunnen und Stadtmauer als urbaner Freiraum mit hoher Aufenthaltsqualität als Schnittstelle zu den angrenzenden Quartieren. Der Schachbereich an der Stadtmauer unterstützt die Freizeitaktivitäten unterschiedlicher Nutzergruppen, z. B. des Schachklubs und er entsteht auf Wunsch der jüdischen Gemeinde. Der südliche Vorpark besitzt auch für die Umsetzung des Sicherheitskonzeptes eine besondere Bedeutung. Hier wird die interaktive Beleuchtung eingeordnet. Der Springbrunnen erhält endlich das ihm fehlende gestalterische Umfeld. Herr Koschig stellte dankbar fest, dass das ExWoSt-Modell-Vorhaben seine Wirkung zeigt und auch der Stadtpark von den verschiedensten Gruppen unserer Stadt zunehmend angenommen wird.

Soziales

Die Stadt Dessau-Roßlau wurde vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend für die Teilnahme an dem neuen bundesweiten Aktionsprogramm „Aktiv im Alter“ ausgewählt. Anfang Oktober startete das Programm mit 50 Kommunen, die sich für die Teilnahme beworben hatten und aus 332 Antragstellern ausgewählt wurden. Unsere Stadt erhält in diesem Zusammenhang für die regionale Initiative eine Anschubfinanzierung in Höhe von 10 T€ Der Zuwendungsbescheid ist inzwischen zugegangen. Am 18. November 2008 wird in unserer Stadt mit einem lokalen Bürgerforum das Modellprogramm „Aktiv im Alter“ starten.

Kultur und Tourismus

In der Zeit vom 26. bis 28. September fand in unserer Stadt das 9. Internationale Tanzfest für Kinder- und Jugendtanzgruppen statt. Das bereits zu einer Tradition gewordene Fest für Bühnentanz gibt vielen jungen Tänzerinnen und Tänzern aus dem Amateurbereich Gelegenheit, bei ihren Programmen und individuellen Begegnungen voneinander zu lernen und ihr Können einem breiteren Publikum vorzustellen. Teilgenommen haben Kinder- und Jugendtanzgruppen unserer Stadt, aus der Region und aus unseren Partnerstädten. Insgesamt waren 26 Gruppen mit 350 Tänzerinnen und Tänzern in 2 großen Veranstaltungen in der Marienkirche und in der großen Tanzgala im Anhaltischen Theater zu sehen.

Schule

Am 9. Oktober 2009 war Staatssekretär Willems vom Kultusministerium in Dessau-Roßlau und besuchte das Teilprojekt „Praktische Berufsorientierung in der Freizeit“ im Beruflichen Aus- und Fortbildungszentrum in Anhalt e.V. (BAFZ). Dadurch wurde dieses Vorhaben in besonderer Weise gewürdigt. Unsere Stadt ist im Lande führend, was die praktische Berufsorientierung betrifft. Schließlich fand ein Treffen der benachbarten Gebietskörperschaften im Schulverwaltungsamt unter Leitung des Amtsleiters, Herrn

Wolfram, statt. Hier wurden Grundsätze einer Rahmenvereinbarung zum „Regional-
~~bernd Anhalt für berufliche Bildung zur zukünftigen Zusammenarbeit der Förderung und~~
 Koordination der beruflichen Ausbildung in unserer Region beraten.

Allgemeines

Zum Europatag am 13. September 2008 haben wir in Anwesenheit der beiden Europa-
 abgeordneten Stockmann und Schnellhardt sowie des neuen Staatssekretärs im Bau-
 ministerium, Herrn Schröder, unser URBAN II feierlich begangen. Dazu fand ein Dialog
 zum Thema Europa vor dem Rathaus statt.

Aufgrund der Bewerbung um den Landesfamilientag 2009 fand am 26. September eine
 Anlaufberatung mit dem Sozialministerium statt.

Am gleichen Tag war das Richtfest der Konsument GmbH am Museum.

Unsere Stadt war in den letzten Tagen Gast mehrerer deutschlandweiter Konferenzen:

- So trafen sich am 7. und 8. Oktober die Verkehrsminister der Länder und Bundes-
 verkehrsminister Tiefensee in unserer Stadt zur Verkehrsministerkonferenz.
- Am 16. und 17. Oktober fand die Tagung des Bau- und Verkehrsausschusses des
 Deutschen Städtetages statt.
- Morgen treffen sich die Finanzdezernenten des Deutschen Städtetages Ost in unse-
 rer Stadt.

Wir waren bei allen Veranstaltungen gute Gastgeber, jedenfalls konnte man das den
 Danksagungen unserer Gäste entnehmen.

Eine sehr schöne und angemessene Feier fand am 13. Oktober 2008 anlässlich 175
 Jahre Sparkasse Dessau statt mit einer regen Beteiligung aus der Bürger- und Kund-
 schaft.

Herr Koschig lud die Stadträte ein, auch in diesem Jahr zum Volkstrauertag am 16. No-
 vember 2008 zu den Kranzniederlegungen sowohl in Dessau Süd als auch in Roßlau
 auf den Friedhof II zu kommen.

Seine Ausführungen abschließend, sprach er die Einladung für den 9. November 2008
 zum Gedenken der Pogromnacht vor 70 Jahren aus. An diesem Sonntag treffe man
 sich um 14.00 Uhr an der Stele zu einem Gedenken. Um 15.00 Uhr findet in der Ma-
 rienkirche eine gemeinsame Gedenkveranstaltung statt. Der Abschluss wird dann ein
 Treffen an der Friedensglocke sein, um auch an den 9. November 1989 zu erinnern und
 gleichzeitig einen Ausblick auf das nächste Jahr zu geben, nämlich die 20. Wiederkehr
 des Wendeherbstes.

4.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

In der Stadtratssitzung am 10. September wurden folgende nichtöffentliche Beschlüsse
 gefasst:

- Aufhebung der Beschlüsse zum Verkauf der kommunalen Grundstücke im Mühlweg,
- die Vergabe von Planungsleistung Technische Ausrüstung für die Baumaßnahme:
 Umbau des ehemaligen Kaufhauses zur Stadtteilbibliothek in der Roßlauer Haupt-
 straße

5. Einwohnerfragestunde

Bezüglich der Frage von **Herrn Jürgen Fremmer**, ob er ein Thema, was auf der heutigen Tagesordnung stehe, ansprechen könne, merkte der **Stadtratsvorsitzende, Herr Dr. Exner**, an, dass dies nicht möglich sei. Gleiches traf auch für **Frau Mansfeld** zu, welche sich zur Hundesteuer äußern wollte.

6. Öffentliche Anfragen und Informationen

6.1 Kurzanalyse der Ursachen für die Ergebnisse der Jahresrechnung 2007 im Haushaltsvergleich Vorlage: DR/IV/070/2008/II-20

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

6.2 Erhebung von Ausgleichsbeträgen Sanierungsgebiet Altstadt Roßlau Vorlage: DR/IV/084/2008/VI-60

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

6.3 Stadt Dessau - Verwaltungshaushalt Jahresrechnung 2007 Feststellung des Ergebnisses Vorlage: DR/BV/287/2008/II-20

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

6.4 Stadt Roßlau - Verwaltungshaushalt Jahresrechnung 2007 Feststellung des Ergebnisses Vorlage: DR/BV/292/2008/II-20

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

6.5 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Herr Weber, CDU-Fraktion, bezog sich auf einen Vorfall in der Mosigkauer Straße in Kleinkühnau. Ein Bürger kehrte Laub vom Fußweg in die Gosse. Das Laub stammt überwiegend von den Bäumen des Kleinkühnauer Friedhofs und vom Straßenbegleitgrün. Der Kehrmaschinenfahrer drohte hieraufhin dem Bürger mit einer Anzeige oder Bußgeld für den Wiederholungsfall. Herr Weber erklärte, seines Erachtens kehre der Bürger zu Recht das Laub in die Gosse, weil es nicht sein Laub ist und er sich bemüht, die Reinigungspflicht des Fußweges nachzukommen. Er sei auch nicht der Meinung, dass er das anderweitig verbringen muss. Entscheidend sei aber vielleicht die Frage, ob es überhaupt notwendig ist, in Anliegerstraßen, die auch nicht mehr viel befahren sind, immer noch kostenpflichtig die Kehrmaschine einzusetzen. Wenn die Bürger diese Reinigungsgebühren nicht mehr bezahlen müssten, würden sie das sicherlich auch anders verbringen. Das treffe für die Mosigkauer Straße, aber vielleicht auch für die Hauptstraße in Kühnau zu, da diese durch die Umgehungsstraße verkehrsberuhigt ist.

Der Vorgang sei ihm nicht bekannt, man werde der Sache nachgehen und Herrn Weber eine schriftliche Beantwortung zukommen lassen, erwiderte **Bürgermeister Gröger**.

Zur Wasserqualität des Dorfteiches in Streetz habe die Fraktion einen Hinweis bekommen, führte **Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, aus. Er stellte die Frage, wie die öffentlichen Teichanlagen überprüft werden, ob es regelmäßige Zustandsberichte gibt, wie es vom Umweltrecht her gehandhabt wird und wer für die Wartung oder die Einleitungsgenehmigung von Abwässern zuständig ist.

Herr Mardicke, Sachgebietsleiter Wasser- und Naturschutzbehörde, führte aus, öffentliche Teiche oder Teiche im Gebiet der Stadt Dessau-Roßlau sind Gewässer zweiter Ordnung. Sie unterliegen vom Grundsatz her der Unterhaltungspflicht der Kommune. Es gibt in der Regel keine Beprobung dieser Gewässer, solange kein Anlass bzw. keine Besorgnis besteht, dass das Allgemeingut davon Schaden nehmen könnte. Man habe von dieser Qualität in Streetz auch Kenntnis bekommen und werde sich das Gewässer ansehen. Wie in jedem Jahr, kann auch in diesem Jahr die Situation eintreten, dass durch absinkende Grundwasserstände solche Kleingewässer Schaden nehmen und auch von der Qualität her nachlassen. Nach Besichtigung des Gewässers werde ein entsprechender Bericht nachgereicht.

Herr Knop, DVU, erinnerte daran, dass am 11. Oktober der Bundesparteiohmann des BZÖ, Dr. Jörg Haider, bei einem Verkehrsunfall ums Leben gekommen ist. Dr. Haider war zugleich Landeshauptmann in Kärnten und hatte seinen Dienstsitz in unserer Partnerstadt Klagenfurt. Wie beliebt Dr. Haider war, lasse sich allein daran ermessen, dass in Klagenfurt mehr als 30.000 Menschen in einem Trauerzug persönlich Abschied genommen haben. Vor diesem Hintergrund stellte er die Frage, ob der Oberbürgermeister auch in der Partnerstadt Klagenfurt zugegen war, um Jörg Haider die letzte Ehre zu erweisen. Wenn nein, frage er, warum nicht und in welcher Weise gedenkt die Stadt Dessau-Roßlau ihrer Partnerstadt Klagenfurt zum Verlust des Landeshauptmanns ihr Beileid zu bekunden.

Er war nicht in Klagenfurt, entgegnete **Oberbürgermeister Koschig**. Im Moment habe man ein dichtes Arbeitsprogramm, so dass er zeitlich nicht in der Lage gewesen wäre, dort hin zu fahren. Es wurden auch mehrere Dienstreisen in diesen Wochen abgesagt, die eigentlich sehr wichtig für unsere Stadt gewesen wären. so dass der Besuch in Klagenfurt schon aus rein terminlichen Gründen nicht in Frage gekommen wäre. Ansonsten war es ihm bisher nicht bekannt, dass bei dem Ableben von Staatsoberhäuptern oder Ministerpräsidenten unserer Partnerstädte die persönliche Anwesenheit vor Ort üblich ist. Sollte dies in der ehemaligen Stadt Dessau der Fall gewesen sein, werde er sich das künftig auch annehmen.

Herr Puttkammer, CDU-Fraktion, verwies auf ein ihm vorliegendes Schreiben von Herrn Münzberg. Darin teilt er mit, dass die Unterstützung der Stadt Dessau-Roßlau für die Jugend-Sport-Innovation „Jugend trainiert für Olympia“ in Höhe von 800,- € gestrichen werden soll. Das ist im Sinne der Haushaltskonsolidierung vielleicht fassbar, aber im Sinne der Sportstadt Dessau ein absoluter Widerspruch. Es werden garantiert 800 € gespart, wenn wir den Beinamen weglassen und die Kinder trotzdem Sport treiben lassen. Er bat darum, diesen Punkt noch einmal zu prüfen und Herrn Münzberg eine entsprechende Antwort zukommen zu lassen. Das entsprechende Schreiben wurde Herrn Wolfram übergeben.

Herr Wolfram, Stellv. des Dezernenten für Gesundheit, Soziales, Bildung und Kultur, erwiderte, in einer gestern stattgefundenen Beratung, an der Herr Puttkammer und er teilgenommen haben, wurde bereits über dieses Problem gesprochen. Das wurde mit der Finanzdezernentin sondiert. Man habe eine entsprechende Finanzierung gefunden und es ist möglich, diese Position in den Haushalt einzustellen. Herr Münzberg werde aus seinem Dezernat eine Antwort erhalten.

Auf den von 5 Fraktionen im Juni eingebrachten Beschluss zur städtebaulichen Reparatur der Gesamtanlage der Meisterhäuser verwies **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM**. In Abstimmung mit dem Oberbürgermeister wurde dieser nur als Handlungsrichtlinie über die Sommerferien für die Verwaltung gesehen und mit Rücksicht auf den noch nicht abgeschlossenen Wettbewerb erst nach der Sommerpause als Beschluss gefasst. Punkt 3, der ganz entscheidend ist für die weitere Ausgestaltung der Häuser, heißt: „Die möglichen Nutzungsvarianten sind bis zur ersten Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt nach der Sommerpause von der Stadtverwaltung vorzulegen und gemeinsam mit dem Stiftungsrat Meisterhäuser zu entscheiden.“ Jetzt sei Ende Oktober, es hat zwei Bauausschusssitzungen gegeben, aber noch kein Konzept vorgelegen. Es gebe zwar ein Nutzungskonzept, was allgemein bekannt war, aber es fehlt der Beschluss. Das sei die wichtigste Grundlage für die Architekten, um dort weiterzumachen. Da der Tagesordnungspunkt jetzt Fragestunde heißt, könnte er fragen, wann die Verwaltung gedenkt, dieses Nutzungskonzept zu bringen. Er fordert aber im Auftrag von den 5 Fraktionen, dass dies spätestens im nächsten Bauausschuss mit dem Stiftungsrat oder in einer vorgezogenen Sondersitzung passiert. Das werde im Moment geprüft und im Verlauf der Sitzung werde dazu Stellung genommen entgegnete **Herr Wolfram**.

Den Zustand des Gebäudes am Tivoli sprach **Herr Hartmann, SPD-Fraktion**, an. Er sei gefragt worden, was dort eigentlich passiert. Wie er selbst gesehen hat, stehen dort die Türen offen, das Eisentor ist geöffnet und in diesem Gebäude findet Vandalismus statt. Er fragte, ob es stimmt, dass die Stadt Dessau-Roßlau jetzt Eigentümer dieses Gebäudes ist und ob dort Sicherheitsmaßnahmen vorgesehen sind.

Die Stadt Dessau-Roßlau sei nicht Eigentümer des ehemaligen Hygieneinstituts, entgegnete **Herr Bürgermeister Gröger**. Mit dem Privateigentümer stehe die Stadt in Verhandlung, denn man wolle dieses Gebäude in städtischen Besitz bringen, was bisher nicht gelungen ist. Sicherheitsmaßnahmen können nur veranlasst bzw. angedroht werden, soweit von diesem Gebäude eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit ausgeht. Vom Bauordnungsamt werde geprüft, ob es möglich ist, eine Ersatzvornahme anzudrohen. Zunächst sei der Eigentümer aufzufordern, selbst Ordnung an seinem Grundstück herzustellen. Die zweite Maßnahme ist dann die Androhung einer Ersatzvornahme und die dritte Maßnahme wäre dann, die Ersatzvornahme durchzuführen, aber zu Kosten der Stadt. . Es gebe aber mindestens 30 - 40 Missstände in der Stadt, wo man ständig den privaten Eigentümern hinterher laufe, um dafür Sorge zu tragen, dass von ihren Grundstücken keine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung ausgeht. In 90 % aller Fälle bleibt die Stadt auf den Kosten sitzen, weil sie einfach nicht einklagbar sind.

Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, bezog sich auf den heute ausgehenden Hochwasserbericht und bat darum, diesen künftig wieder an die Fraktionen per E-Mail zu senden, damit dieser von dort aus weiter verteilt werden kann. Dadurch könnten auch die anderen Mitglieder des Hochwasserausschusses diese Informationen erhalten. Er bat, das in diesem Fall nachzuholen. Ansonsten seien die Informationen umfangreich und aussagefähig.

Des Weiteren ging er in seiner Anfrage auf die Kosten für die roten Fahnen auf dem sog. „Roten Faden“ ein, den man durch die Stadt etablieren wolle und was man teilweise schon getan habe. Nach der Sommerpause habe er sich die Umsetzung angesehen und war erstaunt, dass sie so massiv aufeinander stehen. An einer Stelle konnte er allein 8 Fahnen auf einmal von einem Standort erblicken, an der Mulduferrandstraße stehen drei direkt aneinander. Das müsse nicht sein, zumal die Kosten pro Fahne 700 € plus Einbringung betragen. Er bitte hier um Aufklärung und Einlagerung der Fahnen, die wieder verwendet werden können.

An Frau Beigeordnete Nußbeck richtete Herr Giese-Rehm die Frage, wann die Vorlage des Etats 2009 zu erwarten ist, weil man inzwischen über die Konsolidierung, die auch nach 2009 im Wesentlichen hineingehen soll, spricht. Er habe dem Unterausschuss Jugendhilfeplanung entnommen, dass Anfang 2009 damit zu rechnen sei, was ihm als sehr spät erscheine.

Den Mitgliedern des Finanzausschusses und auch des Hauptausschusses ist ein Maßnahme- und Zeitplan für die Haushaltsplanung 2009 ausgereicht worden, legte **Frau Nußbeck, Beigeordnete für Haushalt und Finanzen**, dar. Im Moment bestehe die Absicht, am 03.12.2008 den Etat einzubringen.

Bezüglich der Aussagen zum „Roten Faden“ bot **Herr BM Gröger** an, dass jemand aus der Verwaltung in der Fraktion Bürgerliste/Die Grünen das detailliert am Plan vorstellt. Er könne sich nicht erinnern, so viele Fahnen an einer Stelle gesehen zu haben. Gerade der Maßnahmebeschluss, die Detailplanung und die Kosten seien im zuständigen Ausschuss mehrfach diskutiert worden.

Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM, führte aus, als sich vor einigen Wochen im Bereich der Brache des ehemaligen Betriebes PGH Bau in der Schwenkestraße in Dessau-Alten etwas tat, war bei den Anwohnern ringsherum die Freude groß und mit der Hoffnung verbunden, dass der bauliche Missstand beseitigt wird. Das ist auch passiert, aber es entstehen neue Befürchtungen. Es werde jetzt in einem größeren Umfang begonnen, ausgediente weiße Ware ab- bzw. zwischenzulagern. Dementsprechend stelle sich die Frage, ob dort eine erneute gewerbliche Nutzung beabsichtigt bzw. genehmigt ist. Für den Fall, dass das nicht der Fall ist, habe er die Bitte um entsprechende Maßnahmen seitens der Stadt.

Ihm sei der Fall im Moment nicht bekannt, erklärte **BM Gröger**. Allerdings müsse bei einer Nutzungsänderung der Grundstückseigentümer diese beantragen bzw. anzeigen, damit Nachbarschaftsbelange gegeneinander abgewogen werden. Das Bauordnungsamt werde prüfen, ob etwas Derartiges vorliegt. Wenn nicht, werde man eine Vor-Ort-Kontrolle durchführen. Herr Bönecke erhält Bescheid.

Herr Wolfram, amt. Dezernent für Gesundheit und Soziales, ging auf die Anfrage von Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM, ein. In Abstimmung mit Herrn Lambrecht, Leiter des Amtes 41, könne er mitteilen, dass das Nutzungskonzept vorliegt, jedoch müsse noch eine Modifizierung erfolgen. Morgen findet eine Beratung im Baudezernat zur Nutzung nach der städtebaulichen Reparatur Meisterhäuser statt. Es fließen dann diese Erkenntnisse und Arbeitsrichtungen der Architekten mit ein. Wenn die OB-Dienstberatung darüber befunden hat, werde das Thema zeitnah in den Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport sowie in den Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt eingebracht. Nach der morgigen Beratung könne die Terminstellung präzisiert werden und werde durch die Verwaltung dem Anfrager schriftlich mitgeteilt.

Herr Dr. Neubert, FDP-Fraktion, legte dar, er sehe sich durch die Ausführungen von Herrn Wolfram genötigt, noch einmal auf das Thema zurückzukommen und das zu unterstreichen, was Herr Otto hier angemahnt hat. Es gehe darum, Nutzungszwecke verbindlich zu definieren als unabhängige Variable und als abhängige Variable danach architektonische Entwürfe zu gestalten, die genau diesen Nutzungszwecken entsprechen. Es geht also nicht darum, die Verhältnisse der Stadt mit denen der Architekten rund zu machen und aufeinander abzustimmen, sondern es gehe darum, dem Beschlussgremium Stadtrat einen Vorschlag zu unterbreiten, der hoffentlich genehmigungs- und konsensfähig ist, oder der entsprechend modifiziert wird, damit er das ist. Auf dieser Grundlage ist die architektonische Bearbeitung der Meisterhäuser, was ihre innere Gestalt anbelangt, fortzusetzen. Darum gehe es und um nichts Anderes.

7. Beschlussfassungen

7.1 Bekenntnis zur Eingemeindung der Stadt Wörlitz und der Gemeinde Vockerode Vorlage: DR/BV/398/2008/PD/NF

Zunächst begrüßte **Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner** den Bürgermeister von Wörlitz, Herrn Wendt, und Frau Luckmann, Bürgermeisterin von Vockerode. In der letzten Stadtratssitzung hatte man aus formalen Gründen für die Beschlussvorlage bereits eine Absichtserklärung signalisiert und war übereingekommen, nun formal korrekt, unter Einhaltung von Formen und Fristen die Beschlussfassung nachzuholen.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 41:00:00

7.2 Niederlegung des Stadtratmandates durch Kurt Brumme Vorlage: DR/BV/396/2008/V-StR

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 40:00:01

7.3 Änderung der Betriebssatzung des Städtischen Klinikums Dessau Vorlage: DR/BV/332/2008/V

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 39:02:00

7.4 Jahresabschluss 2007 des Eigenbetriebes Städtisches Klinikum Dessau Vorlage: DR/BV/335/2008/V

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 41:00:00

7.5 Entlastung der Betriebsleitung des Eigenbetriebes Städtisches Klinikum Dessau für das Jahr 2007 Vorlage: DR/BV/336/2008/V

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 41:00:00

Oberbürgermeister Koschig sprach der Betriebsleitung und den Mitarbeitern seinen Dank für die gezeigte Leistung aus. Man könne sehr stolz auf den Eigenbetrieb Städtisches Klinikum sein.

7.6 Jahresabschluss des Eigenbetriebes Anhaltisches Theater Dessau zum 31.12.2007

Vorlage: DR/BV/264/2008/I-ATD

Auf Nachfrage von **Herrn Dr. Plettner, Fraktion der FDP**, gab **Herr Wolfram**, welcher in Vertretung des Dezernenten an der Sitzung teilnahm, das Abstimmungsergebnis des Theaterausschusses sowie des Rechnungsprüfungsausschusses bekannt. Beide Ausschüsse haben einstimmig (9:0:0) für den Jahresabschluss gestimmt.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 41:00:00

7.7 Entlastung der Leitung des Anhaltischen Theaters Dessau

Vorlage: DR/BV/313/2008/I-ATD

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, informierte, der Rechnungsprüfungsausschuss habe der Vorlage mit 8:0:1 und der Theaterausschuss mit 8:0:0 zugestimmt.

Herr Bähr, FDP-Fraktion, erklärte, er wolle dieselbe Anmerkung machen, die er letztlich auch in der entsprechenden Sitzung gemacht habe. Einbringer der Vorlage ist Herr Felsenstein. Herr Felsenstein vertritt das nicht, er ist nicht da. Als Stadtrat könne er nicht beurteilen, ob Herr Felsenstein das ganze beurteilen kann. Da er keinen klaren Überblick über die Fähigkeiten von Herrn Felsenstein im kaufmännischen Bereich habe, könne er ihn normalerweise nicht entlasten.

Herr Dr. Neubert, FDP-Fraktion, stellte die Frage, im Falle der Eigenbetriebe der Stadt ist der Einreicher immer die Stadt, so der Sozialdezernent für den Eigenbetrieb Städtisches Klinikum, die Finanzdezernentin für den Eigenbetrieb Stadtpflege usw. Hier beantragt der Generalintendant im Unterschied zu sonstigen Gepflogenheiten im Grunde genommen seine eigene Entlastung.

Normalerweise ist der Einbringer von Vorlagen, die den Eigenbetrieb betreffen, der jeweilige Betriebsleiter, erklärte **Frau Nußbeck, Beigeordnete für Haushalt und Finanzen**. Nur wenn es ihn ausdrücklich selbst betrifft, wie in diesem Fall, wäre tatsächlich der zuständige Dezernent richtig, aber ansonsten sind sehr wohl auch die Betriebsleiter Einbringer von Vorlagen.

BM Gröger merkte an, dass nach seinem Aktenstand in Vertretung für Herrn Felsenstein immer Herr Landgraf unterschrieben hat und diesem traue er das schon zu.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 34:00:07

Oberbürgermeister Koschig erklärte, er habe das Missfallen des Theaterausschusses und auch des Hauptausschusses dem Generalintendanten mitgeteilt. Auch die Diskus-

sion im Zusammenhang mit der Entlastung. Seit über einem Jahr ist der Generalintendant zu den Sitzungen nicht erschienen, weshalb er die Aussagen von Herrn Stadtrat Bähr nachvollziehen könne. Umso mehr ist es ihm ein Bedürfnis, sich bei dem Verwaltungsdirektor und seiner gesamten Mannschaft zu bedanken.

**7.8 Stadt Dessau - Vermögenshaushalt Jahresrechnung 2007
Feststellung der zu bildenden bzw. zu übertragenden
Haushaltsausgabereste;
Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe
Feststellung des Ergebnisses
Vorlage: DR/BV/286/2008/II-20**

Zur Vorlage merkte **Herr Bähr, FPD-Fraktion**, an, wenn er es richtig nachvollziehe, sei es nicht die Anlage 2, die im Punkt 1 und 2 genannt wird, sondern die Anlage 3, was vor der Beschlussfassung geprüft werden soll.

Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, verwies auf den Haushaltsrest von 2007 in Höhe von 25.000 € (Anlage 2) und in Anlage 3 finde man auf der zweiten Seite die Ostrandstraße als vorletzte Position. Von der Summe 102.000 €, welche aus früheren Jahren (2006) stammt, sind 12.000 € angeordnet worden. Das sei für ihn nicht vereinbar mit Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit. Wenn Maßnahmen in dem jeweiligen Jahr geplant sind, sollten diese auch im Vermögenshaushalt beantragt und genehmigt werden. Er bat darum, diese Mittel zur Haushaltskonsolidierung einzusetzen und dann für das Haushaltsjahr 2009 wieder neu zu beantragen.

Warum man aus einem Volumen von 32 Mio. € 25 T€ herausziehe, könne jeder für sich selbst deuten, erwiderte **BM Gröger**. Fest stehe, dass wir natürlich mit dieser zweiten Muldebrücke einen Eingriff in ein Weltkulturerbe wagen, was niemand ernsthaft bestreiten könne und dass es hierzu eines breiten Konsens bedarf. Dazu fand eine Staatssekretär-Runde Anfang Januar in Magdeburg statt. Man habe sich beim Landesdenkmalbeirat grünes Licht geholt, stehe im Gespräch mit den Hütern des Weltkulturerbes, mit Herrn Petzet, Herrn Merano und mit Herrn von Grosigk. Das sind alles sehr zeitaufwendige Dinge. Man brauchte immer dieses Geld, um letztendlich zu reagieren. Im Moment versuche man zu reagieren, diesen Eingriff durch eine intelligente und geschickte Gestaltung der Straße durch die Wasserstadt genehmigungs- und zustimmungsfähig zu machen. Deswegen könne man nicht leichtfertig mit dem Geld umgehen, denn das hieße, die Planung an dieser Stelle einzustellen und damit nicht mehr die Aufgabe zu erfüllen aus der Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplanes. Dazu ist die Verwaltung nicht ermächtigt.

Wenn Herr Gröger den breiten Konsens dieser Maßnahme anspreche, sei dieser in der Fraktion nicht vorhanden, was er wisse, erwiderte **Herr Giese-Rehm**. Zur Vorlage selbst begrüße man außerordentlich, dass die Haushaltsreste so drastisch zurückgefahren worden sind. Diese positive Botschaft wolle er auch mitgeben, denn das sei in der Vorlage auch enthalten.

Die Aussage von Herrn Bähr bestätigend, bat **Frau Nußbeck, Beigeordnete für Haushalt und Finanzen**, die Vorlage zu berichtigen. Es müsse im ersten Beschlussvorschlag richtig heißen: „Von den Haushaltsausgaberesten aus dem Vorjahr werden gemäß **Anlage 3** nach 2008 übertragen.“ Im zweiten Beschlussvorschlag muss es heißen: „Im Rahmen der Jahresrechnung 2007 werden neue Haushaltsausgabereste gem. **Anlage 2** in Höhe von 3.651.387,66 € gebildet.“

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 38:03:00

**7.9 Stadt Roßlau - Vermögenshaushalt Jahresrechnung 2007
Feststellung der zu bildenden bzw. zu übertragenden
Haushaltsausgabereste
Feststellung des Ergebnisses
Vorlage: DR/BV/291/2008/II-20**

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 41:00:00

**7.10 Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Grund- und
Gewerbsteuer in der Stadt Dessau-Roßlau (Hebesatzsatzung)
Vorlage: DR/BV/309/2008/II-20**

Frau Lohde, CDU-Fraktion, stellte im Namen der Fraktion den **Änderungsantrag**, unter § 2, Pkt. 1.2 die Gewerbesteuer auf 440 v. H. und unter § 3, Pkt. 3.1 Gewerbesteuer auf 430 v. H. herabzusetzen. Zur Information erklärte sie, dieser sei jetzt bei 450 v. H. Die Änderung betreffe die Jahre 2010 und 2011.

Des Weiteren werde vorgeschlagen, stattdessen die Gewerbesteuereinnahmen aus der Neuansiedlung von Unternehmen zu erhöhen. Die Erhöhung der Einnahmen durch Neuansiedlung ist im Jahreshaushalt so festzuschreiben, dass die Wenigereinnahmen durch die Reduzierung des Hebesatzes ab 2010 gedeckt sind. Neuansiedlung soll also zu Gewerbesteuererhöhungen führen und wir können unseren hiesigen Betrieben mit einer Hebesatzreduzierung entgegenkommen.

Ziel ist, die hiesigen Unternehmen mittelfristig zu entlasten und die Stadt Dessau-Roßlau für Neuansiedlungen attraktiver zu gestalten. Für das Amt für Wirtschaftsförderung sind die Einnahmeerhöhungen aus Neuansiedlungen als Kennziffer für eine erfolgreiche Arbeit einzuführen und jährlich Rechenschaft abzulegen. Die Wirtschaftsförderungsarbeit soll etwas messbarer werden, prüfbarer durch uns als Rat.

Für uns gibt es keinerlei Zweifel, dass eine erfolgreiche Ansiedlungspolitik auch in Dessau-Roßlau möglich werden kann. In Bitterfeld entstehen wieder 1.000 neue Arbeitsplätze und in den Bundesländern Bayern und Baden-Württemberg mit einer Arbeitslosigkeit von unter 4 % besteht praktisch Vollbeschäftigung.

Es ist daher Fazit der CDU-Fraktion: Es gibt genügend Investitions- und Ansiedlungsvorhaben in Deutschland, die woanders gelingen und im Ergebnis praktisch Vollbeschäftigung bewirken.

Der Antrag wirke wie ein ungedeckter Scheck, legte **Oberbürgermeister Koschig** dar und fragte nach, ob eine Rechnung gemacht wurde, wie sich dieser Antrag tatsächlich auf den Haushalt auswirkt. Es gibt zwei wesentliche Dinge, die zu beachten sind. Die allgemeinen Zuweisungen des Landes werden auch an der Steuerkraft der jeweiligen Gemeinde gemessen und an der durchschnittliche Steuerhöhe im Land. Hier befinde man sich in einem gemeinsamen Topf mit den beiden Oberzentren Halle und Magdeburg. Wenn man von dieser Steuerhöhe deutlich abweicht, in dem Fall nach unten, wird die allgemeine Zuweisung abgesenkt. Die zweite Unwägbarkeit bestehe momentan durch die weltweite Finanzkrise, wo wir mit deutlich vorsichtigeren Prognosen rechnen müssen. Ansonsten könne er Frau Lohde zustimmen, unser künftiger Wirtschaftsdezernent hat in seiner Rede im Stadtrat sich selbst ganz klare Kriterien vorgegeben, woran seine Arbeit in den nächsten Jahren gemessen werden kann. Das aber jetzt schon über die Gewerbesteuerprognose festzuschreiben, halte er momentan für nicht angebracht.

Frau Ehlert, Fraktion Die Linke, führte aus, sie würde gern die Intention zur Ansiedlung unterstützen wollen. Allerdings mache sie darauf aufmerksam, dass wir es im kommenden Jahr mit einer Änderung der Gewerbesteuer und damit mit einer Unbekannten zu tun haben, weil sich die Freibeträge wesentlich erhöht und Unternehmen jetzt auch noch die Wahl haben, ob sie sich weiterhin als Einzelunternehmen oder wie eine GmbH behandeln lassen wollen. D. h. wir verhandeln heute Unbekanntes. Sie **beantragte**, dies zu verweisen an den Finanzausschuss, damit man sich erst einmal über Größenordnungen unterhalten kann.

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, erklärte, der Änderungsantrag könne nicht verwiesen werden, ggf. müsse die gesamte Vorlage verwiesen werden.

Der Vorschlag von Frau Ehlert wurde von **OB Koschig** begrüßt. Er regte an, die Hebesatzsatzung für das Jahr 2009 zu beschließen und dem Finanzausschuss genügend Zeit für die Beratung des CDU-Vorschlages zu lassen.

Im Jahr 2008 habe man bereits eine Änderung der Gewerbesteuereinnahmen, legte **Herr Göricke, Freie Wähler**, dar. Er stellte die Frage, ob es dazu von der Stadtkasse schon eine Prognose gibt, inwieweit die Einnahmen steigen, denn Gewerbesteuern sind massiv von Kleinstunternehmen zu entrichten. Für seine Person verdoppelt sich die Gewerbesteuer. Infrastrukturell wurde in den Vororten, wie in Mosigkau z. B., gar nichts in Ordnung gebracht, so dass man sagen kann, dass die Stadt keinen maßgeblichen Anteil daran hat, dass die Gewerbesteuer von dem Betrieb an die Stadt gerechtfertigt abzuführen ist.

Frau Nußbeck, Beigeordnete für Haushalt und Finanzen, entgegnete, es lag die Statistik per 30.09.2008 vor, aus der erkennbar war, dass wir im Moment eine Punktlandung unserer Planung erreichen, aber keinen deutlichen Überschuss.

Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, begrüßte den Vorschlag von Herrn Koschig, heute die Werte für 2009 zu beschließen und sich im Haushalts- und Finanzausschuss über das weitere Vorgehen für die nächsten Jahre zu verständigen. Er könne den Antrag der CDU-Fraktion nachvollziehen, mehr Wirtschaft zu entwickeln und mehr Ansiedlungen in der Stadt zu haben, aber eine Verknüpfung dieses Wunsches mehr Wirtschaftsansiedlung zu haben mit den Steuerhebesätzen, halte er für sehr weit hergeholt. Zur Kenntnis zu nehmen ist, dass wir keine Gelder zu verteilen haben. Wir haben ein strukturelles Defizit in Millionenhöhe, wir versuchen Gelder über eine stärkere Beteiligung von Unternehmen in die Konsolidierung hereinzubekommen. Es sei nicht die Zeit für Spielchen auf dem Rücken der Unternehmen oder auch der Mitarbeiter der Stadtverwaltung, die nachweisen sollen, sie haben den und den Ansiedlungserfolg, der die und die Gewerbesteuer bringt. So leicht sei das auch wieder nicht, da die Unternehmen, die sich ansiedeln, investieren und im Prinzip auch wenig Gewerbesteuern zu zahlen haben. Das wirke sich erst viele Jahre später aus. Zu den angeführten Beispielen Baden-Württemberg und Bayern, merkte Herr Dr. Schmidt an, dass diese die Entwicklung in den Jahren vorher gehabt haben. Er warnte davor, mit Schnellschüssen zu einer Entscheidung zu kommen, die in der Entwicklung unserer Stadt nicht weiterhelfe.

Herr Dreibrodt, SPD-Fraktion, führte aus, er mache seinen Änderungsantrag vom Ergebnis der heutigen Beratung und davon, ob heute nur über das Jahr 2009 entschieden wird, abhängig.

Es erfolgte von **Herrn Pohl, CDU-Fraktion**, der Geschäftsordnungsantrag auf 5 Minuten Auszeit. Dem wurde entsprochen und gleichzeitig die geplante Pause durchgeführt.

Im Anschluss an diese Pause erklärte **Frau Ehlert, Fraktion Die Linke**, sie erweitere ihren Antrag, dass heute nur über die Hebesätze 2009 abgestimmt wird. Die **Hebesätze 2010 und 2011** sollen zur Entscheidung **an den Finanzausschuss verwiesen** werden. Damit sei man zumindest für das Jahr 2009 handlungsfähig.

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, stellte fest, dass der noch vorliegende **Antrag der CDU-Fraktion** hiermit formal **zurückgezogen** wurde.

Weiterhin gebe es im Beschlussantrag der Stadtverwaltung eine Anlage 2, worin der § 2 das Haushaltsjahr 2010 betreffe und der § 3 das Haushaltsjahr 2011. Frau Ehlert stellte den **Antrag**, diese beiden **Paragrafen zu streichen**. Auf die Frage, ob die Verwaltung den Antrag von Frau Ehlert übernimmt, wurde von **Frau Nußbeck** die Zusage gegeben. Somit würde aus § 4 der § 2.

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, erklärte, es liege nunmehr ein Geschäftsordnungsantrag und ein deutlich verkürzter Hauptantrag vor.

Zunächst wurde der Geschäftsordnungsantrag zur **Verweisung der §§ 2 und 3 der Anlage 2** in den Haushalts- und Finanzausschuss zur Abstimmung gebracht und mehrheitlich **angenommen** (38:00:04).

Die Beschlussvorlage, in der um die Paragrafen 2 und 3 gekürzten Fassung, wurde mehrheitlich beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 38:00:04

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, verwies abschließend auf den von Herrn Dreibrodt, SPD-Fraktion, schriftlich eingereichten Änderungsantrag, welcher sich sachlich nunmehr erledigt habe.

7.11 1. Änderung der Hundesteuersatzung der Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: DR/BV/315/2008/II-20

Frau Nußbeck, Beigeordnete für Haushalt und Finanzen, bat darum, sich im Klaren zu sein, dass man sich in der Haushaltskonsolidierung befinde. Der vorliegende Beschlussvorschlag war bereits Bestandteil des Haushaltskonsolidierungskonzeptes 2007 und ist am 20. Juni 2007 beschlossen worden. Diesem Beschluss entsprechend habe die Verwaltung eine Vorlage eingebracht, die mit wesentlichen Änderungen beschlossen wurde, so dass der Konsolidierungsbeitrag im Wesentlichen nicht realisiert wurde. Dann habe man diesen Vorschlag in das Haushaltskonsolidierungskonzept 2008 wieder aufgenommen und er ist beschlossen worden. Nun höre sie, dass er heute wieder nicht beschlossen werden soll. Frau Nußbeck gab zu bedenken, welche Signale und Botschaften man von hier aus sendet. Man könne nicht so tun, als ob man in das Konzept mal ein paar Dinge schreibt, die man sowieso nicht macht.

Er könne sich an die damalige Diskussion erinnern, merkte **Herr Eichelberg, SPD-Fraktion**, an. Der Vorschlag, auf die 90 € zu gehen, sei nicht zum ersten Mal eingebracht worden. Man hatte damals den Änderungsvorschlag eingebracht, auf 75 € zu ge-

hen, was kompromissfähig war. Für Weiteres sei die SPD-Fraktion auch nicht zu haben, da es viele arme Leute, sozial schwache Leute betreffe, die außer einem Hund vielleicht keine weiteren Mitglieder im Haushalt haben. Wenn man auf 90 € erhöhe, hätte man erhebliche Probleme. Die Leute können sich den Hund nicht mehr leisten. Bedenken habe Herr Eichelberg auch dahingehend, dass dann viele davon absehen, ihren Hund anzumelden, andere bringen den Hund vielleicht ins Tierheim. Das würde einen erheblichen Aufwuchs bedeuten für die Verwaltung, denn die Hundehaltung im Tierheim koste Geld. Deshalb das Signal der SPD-Fraktion, die 75 € beizubehalten und keine Erhöhung zuzulassen.

Herr Knop, DVU, stellte seinen Ausführungen das Zitat des deutschen Romantikers Arthur Schopenhauer voran „Seit ich die Menschen kenne, liebe ich die Tiere.“ Bei der in der Vorlage beabsichtigten Erhöhung der Hundesteuer um 20 % sollte man aber froh sein, dass es überhaupt Menschen gibt, die sich noch um ihren Hund kümmern und bereit sind, dafür Geld zu investieren. Es gebe schon jetzt immer mehr Tiere in Heimen und Auffangstationen, weil sie von ihren Besitzern nicht mehr gehalten werden können.

Die heutige Demonstration an der Friedensglocke habe uns gezeigt, dass die Hunde in Dessau-Roßlau durchaus eine Lobby haben, dass es Menschen gibt, die nicht tatenlos zusehen, wie aus der Liebe zum Tier ein Geschäft gemacht wird. Herr Knop äußerte, er wisse nicht, wie viele Euro allein in Dessau-Roßlau jedes Jahr gegen den hanebüchernen Kampf gegen Rechts gesteckt werden, wie viele Tausend Euro die Unterstützung subkultureller Netzwerke und Hetzwerke für Linksextremisten oder die immer aufdringlichere einseitige Gedenk- und Sühnekultur kostet. Wenn der Stadt jetzt das Geld ausgehe, müsse sie sich fragen lassen, was wichtiger ist, der unfaire Kampf gegen politisch anders Denkende oder die Unterstützung Tausender Tierfreunde in dieser Stadt.

Die Rede wurde durch **Herrn Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates**, mit dem Hinweis, dass man sich bei der Hundesteuersatzung befinde und nicht bei der politischen Auseinandersetzung mit Rechts und Link, unterbrochen.

Herr Knop schloss, er erwarte, dass hier und heute Flagge gezeigt werde. Die DVU werde jede Anhebung der Hundesteuer ablehnen und spreche damit den Bürgern der Stadt aus dem Herzen.

Frau Andrich, Fraktion Die Linke, sprach gegenüber Herrn Knop die Hoffnung aus, dass er sich auch so intensiv einsetzt, wenn es um die Rechte Behinderter, Zuwanderer und anderer Menschen geht, wie jetzt für die Hunde.

Bezüglich der Satzung drückte sie ihr Unverständnis aus, dass die Fraktionen gegen die Erhöhung der Hundesteuern sind. Alle hätten dem Konsolidierungsprogramm im vergangenen Jahr zugestimmt. Die Fraktion Die Linke war die einzige Fraktion, die gegen das Konsolidierungsprogramm gestimmt hatte, also auch gegen die Erhöhung der Hundesteuer. Auch heute werde man wieder dagegen stimmen, weil man im Wahlprogramm sagte: Keine Erhöhung der Steuern. Es müssen andere Mittel und Wege gesucht und gefunden werden, um den Haushalt zu konsolidieren. Die nächsten Diskussionen im Haupt- und Personalausschuss werden dazu beitragen.

An Frau Andrich gewandt, bestätigte **Herr Weber, CDU-Fraktion**, dass man das Konsolidierungsprogramm im vorigen Jahr mit beschlossen habe und die Fraktion Die Linke nicht. Bis dahin gab es aber eine Kooperation, die sich hier in besonderer Weise in ei-

nem Kooperationspapier etwas auf die Fahne geschrieben hatte. Diese Kooperation gibt es nicht mehr. Es gibt somit viele Neuorientierungen.

An der heute stattgefundenen Demonstration sei er nicht ganz unschuldig. Herr Weber übergab dem Stadtratsvorsitzenden eine Unterschriftenliste mit 400 heute gesammelten Unterschriften. Diese könne nur in Kopie übergeben werden, weil die Initiative weitermachen will bis hin zu einem Bürgerbegehren, so denn der Stadtrat diesen Gedanken zur Hundesteuer nicht folgen will.

Es gehe der CDU-Fraktion darum, zum Ausdruck zu bringen, dass es keine weiteren Erhöhungen zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger gibt, solange das Konsolidierungskonzept, was noch viele weitere Punkte beinhaltet, nicht auf anderem Weg gewährleistet und abgearbeitet ist. Man wolle auch keine weiteren Leistungseinschränkungen, insbesondere im Bereich Jugend, Soziales, Kultur, Senioren und Sport hinnehmen. Solange man in Stadtteilen von Dessau-Roßlau Hundesteuersätze habe, die um die Hälfte niedriger sind, oder bei der Hälfte der Steuern liegen, die im Stadtgebiet Dessau bezahlt werden müssen, mindestens solange könne man einer weiteren Erhöhung für den Bereich Dessau nicht zustimmen. Im Gegenteil, es sei auch zu erwähnen, dass selbst Sätze für den 2. Hund die Bürgerinnen und Bürger belasten, was er aus Gesprächen der heutigen Demonstration heraushören konnte. Es gebe viele Menschen, die den Hund als Sozialpartner haben. Es gebe immer mehr Haushalte, in denen einzelne Menschen leben, die den Hund wirklich brauchen. Deshalb sei es ein wesentliches und wichtiges soziales Anliegen, diesen Hund für jeden bezahlbar zu machen.

Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM, brachte sein Unverständnis für die Erregung zum Ausdruck, da der Gegenstand der Diskussion 1,- EUR pro Monat betreffe. Ein weiterer Grund sei, hier klammerte er bewusst diejenigen aus, für die der Hund der einzige Sozialbezug ist, dass es vielfach in unserer Gesellschaft so ist, sich lieber ein Tier anzuschaffen, als vielleicht über Kinder nachzudenken und damit für unsere Zukunft vorzusorgen.

Ungeachtet dessen habe er aus der Diskussion in der Presse zur Kenntnis genommen, dass es durchaus Regelungsbedarf für den Kreis der Hundehalter gibt, die den Hund tatsächlich als einzigen Sozialbezug haben und ihn sich unter Umständen tatsächlich nicht leisten können. Aus diesem Grund stellte Herr Bönecke den **Antrag**, die **Vorlage** zurück **in den Ausschuss zu verweisen** und an die Verwaltung den Auftrag zu geben, eine zusätzliche Regelung einzufügen, in der ein sozialverträglicher Erlass oder eine Stundungsregelung für sozialbedürftige Halterkreise eingefügt wird.

Wenn man über eine mögliche Mehreinnahme von 17,5 T€ beim ersten Hund spricht, dann müsste man diese Summe sicherlich in Vergleich zu anderen Summen und Belastungen stellen, merkte **Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, an. Er habe an verschiedenen Stellen deutlich gemacht, dass die Situation in Dessau-Roßlau eben nicht ohne Belastung der Bürger geht. Es geht eben auch nicht ohne die Belastung der kommunalen Unternehmen und nicht ohne Belastung der Verwaltung. Aus den Beratungen zur Konsolidierung ist das deutlich geworden und sollte inzwischen Konsens sein.

Zu den Vergleichsmöglichkeiten kommend, gab er zu bedenken, dass man an anderer Stelle um die Subventionierung des Flugplatzes in Dessau streite. Da geht es darum, jede Landung mit 33 EUR zu subventionieren. Wenn er an anderer Stelle in die Konsolidierung hineinsehe, stelle er fest, dass dort z. B. die Ermäßigung für Geschwisterkin-

der in den Kindertagesstätten zu Fall kommen soll. Hier geht es nicht um 90,- € im Jahr, sondern um ungefähr 90,- € im Monat pro Kind. Wenn man dies in Vergleich setzt, relativieren sich manche Ansätze.

Die Finanzlage der Stadt ist schlecht und man stehe unter dem Druck nachzuweisen, wie man da herauskommt. Im Vergleich der Gesamtmaßnahmen geht es hier um eine sehr geringe Maßnahme und deshalb stehe er dafür, ebenso wie er dafür stehe, dass auch die Familien ihren Beitrag leisten müssen, insofern sie dazu in der Lage sind, das heute hier zu beschließen.

Herr Kolze, CDU-Fraktion, äußerte, wenn man Bürger zusätzlich belasten will, muss man auch erklären, worin sich die höheren Belastungen für den kommunalen Haushalt aufgrund ihrer Tierhaltung darstellen. Er glaube, es sei sehr weit hergeholt, den Hundehalter zur Konsolidierung des Haushaltes heranzuziehen. Das sei nicht der richtige Weg. Zum Beispiel vermisse der Hundehalter der Stadt Dessau-Roßlau Container mit entsprechenden Tüten, wo man Hundekot verbringen kann. Auch dies sollte s. E. durch Hundesteuer finanziert werden. Hier habe die Stadt auch eine Bringeschuld und wenn sie dann feststellt, dass es notwendig erscheint, eine Steuer zu erhöhen, dann werde man in den entsprechenden Ausschüssen später noch einmal entsprechend diskutieren. Er informierte in dem Zusammenhang darüber, dass der Landtag in Bezug auf die Hundehaltung ein Gesetz auf den Weg bringt. Dann werde die Stadt einen erneuten und größeren Handlungsrahmen haben. Des Weiteren erklärte er, die CDU-Fraktion lehnt die Erhöhung der Hundesteuer für Dessau-Roßlau zu diesem Zeitpunkt ab.

An dieser Stelle **ermahnte** der Stadtratsvorsitzende, Herr Dr. Exner, die **Anwesenden zur Ruhe**, da während der Redebeiträge eine sehr große Unruhe im Raum herrscht.

Es seien hier eine Vielzahl von Aussagen getroffen worden, die z. T. nachvollziehbar sind, aber er vermisse darin Vorschläge, die dazu führen, das wichtigste Ziel, die Haushaltskonsolidierung, durchzusetzen, erklärte **Oberbürgermeister Koschig**. Er drückte sein Unverständnis aus, dass Vorschläge unterbreitet werden, die gegen unser Ziel der Verwaltungsvereinfachung und des Personalabbaus laufen. Diese Verwaltung bringe in die Haushaltskonsolidierung 60 Mio. € ein, dahinter stehe aber ein dramatischer Personalabbau, der erst einmal bewältigt werden müsse. In dieser Wenigerbeschäftigung im Hause, wo 300 Leute fehlen, werde zugemutet, die soziale Bedürftigkeit von Hundehaltern zu prüfen.

Jeder Bürger dieser Stadt könne unabhängig von allen Regelungen des Bundes, dieses Landes und auch unseres Ortsrechtes Anträge stellen. Herr Koschig traue auch den Mitarbeitern dieses Hauses das Ermessen zu, in diesem Einzelfall zu entscheiden, wenn eine sozialbedürftige Person in dieser Stadt die Hundesteuer von 90,- € nicht mehr aufbringen kann. Schreibe man dies in die Satzung hinein, werde das ein kompliziertes Verwaltungsverfahren.

Herr Koschig denke, als langjähriger Bürgermeister und jetzt Oberbürgermeister dieser beiden Städte zu wissen, dass hier eine Phantomdiskussion geführt werde. Die vorgeschlagene Steuerhöhe entspricht denen der Städte Halle und Magdeburg und es sei nicht bekannt, dass nach Erhöhung der Hundesteuern in den beiden Oberzentren es zu signifikanten Vernachlässigungen von Haustieren, insbesondere von Hunden gekommen ist. Es ist das Recht und vielleicht auch die Pflicht der Stadträte, hier Befürchtungen darzustellen und den Finger zu heben, die Diskussion von allen Seiten zu führen. Das Ergebnis müsse aber einen Konsens ergeben, der alle Aspekte berücksichtigt. In

der Stadt Dessau-Roßlau gebe es 3297 Hunde und 403 Hunde mit einem ermäßigten Steuersatz, d. h. man arbeite schon mit Ermäßigungen.

Im Vorfeld wurde in der Diskussion über die Erhöhung der Hundesteuern, in Leserbriefen und auch heute Morgen bei der Demonstration, immer wieder angesprochen und gefragt, was die Stadt für die Tiere tut. 125.700,- € werden in jedem Jahr als Zuschuss an den Tierschutzverein gezahlt, der z. Z. 139 Katzen, 19 Hunde und 6 Kleintiere betreut. Mit 75,- € habe man schon eine sehr hohe Hundesteuer und dennoch führe es nicht dazu, dass massenhaft Hunde abgegeben oder vernachlässigt werden. Hinsichtlich des Vorschlages bezüglich der Hundetoiletten merkte Herr Koschig an, dass es diese in der Stadt gibt, deren Standorte sich hinter der Kaufhalle in der Rabestraße in Richtung der Schule, im Stadtpark, Reinickestraße/Ecke Angerstraße und Pollingpark befinden. Vor 5 Jahren hat unser Eigenbetrieb diese erworben, es wurden allerdings keine weiteren hinzu gekauft, da negative Erfahrungen damit gemacht wurden. Die Hundekottüten stiegen im Preis um fast 50 %, so dass wir von ursprünglich 708,- € in diesem Jahr weit über 1000,- € allein für die Tüten aufbringen mussten. Die Unterhaltung kostet jährlich über 5000,- € und es sind enorme Reparaturen aufzuwenden, da der Vandalismus auch an diesen nicht vorbeigeht.

Sicherlich handelt es sich um eine geringe Summe für die Haushaltskonsolidierung. Wenn wir uns aber nicht alle zusammen um die Haushaltskonsolidierung bemühen, werden wir das Werk nicht hinbekommen und müssen dann mit einem unkonsolidierten Haushalt klarkommen. Erfahrene Verwaltungsfachleute sagen, ein guter Kämmerer kann zwei Jahre ohne Haushalt leben, Herr Koschig glaube nicht, dass wir im Stadtrat zwei Jahre ohne Haushalt leben können. Haushaltskonsolidierung erfordere auch ein Maß an Standfestigkeit, vor allem von jedem von uns, was die Vermittlung der Haushaltskonsolidierung und die Notwendigkeit unserer Beschlüsse in der Bürgerschaft betrifft. Er glaube, dass unsere Bürger für diese Wahrheit auch empfänglich sind, wir müssen nur offen mit ihnen über unsere Probleme und besonders über unsere Lösungsansätze reden.

Wenn man der Bevölkerung glaubhaft vermitteln will, das kommunale Vermögen nicht antasten zu wollen, dann müssen wir alle übrigen Maßnahmen auch konsequent ergreifen. Nur die Summe aller Maßnahmen ergibt eine Konsolidierung. Der Verzicht auf eine Maßnahme führt zu neuen Löchern, die wiederum mit neuen Maßnahmen zu füllen sind. Er warnte vor der Gefährdung des Haushaltes, da eine Menge an Aufgaben in den nächsten Jahren zu lösen ist.

Leider wäre es zu aufwändig, noch einmal die soziale Komponente in die Diskussion zu bringen, die Hundesteuer zu bemessen am Anschaffungspreis der Hunde. Hier könne man wirklich eine sehr soziale Staffelung der Steuer erreichen.

Abschließend berichtete Herr Koschig davon, dass die Bürgerinnen und Bürger der Ortschaften Streetz und Natho nach der Eingemeindung in die Stadt Roßlau festgestellt haben, dass dieser Schritt für sie ein sehr guter war. Der Ortschaftsrat hat auch zur Kenntnis genommen, dass unterschiedliche Hebesätze zur Veranlagung der Hundesteuer ein zusätzlicher Verwaltungsaufwand ist, der einzusparen sich lohnt. Der Ortschaftsrat hat deshalb beschlossen, im Folgejahr sofort die Hundesteuer an die der Stadt Roßlau anzupassen. Für die Bürgerinnen und Bürger der Ortschaften Streetz und Natho war dies sicherlich ein gewöhnungsbedürftiger Schritt, welcher aber der Verwaltung die Arbeit erleichtert und auch zur Haushaltskonsolidierung beigetragen hat. Würden jetzt die Ortschaften Brambach, Rodleben, Roßlau, Meinsdorf, Mühlstedt, Streetz,

Natho sagen, sie entbinden den Stadtrat von Dessau-Roßlau von unseren Gebietsänderungsverträgen betreffend der Erstreckung auch innerhalb der Hundesteuer, hätten wir sofort eine Gegenfinanzierung, die Hundesteuer für den Teil Roßlau nicht zu erhöhen und es würde einem Schwerpunkt der Diskussion der Dessauer Bürgerschaft sofort die Spitze nehmen. Dies führte Herr Koschig als Beispiel einer Möglichkeit an, die diskutiert werden könnte, und bat um Bestätigung der Änderung der Hundesteuersatzung.

Als zusätzliche Begründung für seinen Antrag auf Verweisung führte **Herr Bönecke** aus, Herr Koschig habe eine Möglichkeit der Gegenfinanzierung aufgezeigt, eine Erhöhung nicht durchzuführen. Vielleicht sollte man sich damit in dem zuständigen Ausschuss unter Einbeziehung der Ortschaftsräte tatsächlich befassen.

Der **Antrag auf Verweisung** in den Haushaltsausschuss wurde durch Herrn Stadtratsvorsitzenden Dr. Exner zur Abstimmung gebracht. Er wurde bei 16:24:01 Stimmen **abgelehnt**.

Die 1. Änderung der Hundesteuersatzung wurde abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: 14:24:03

7.12 Beteiligungsrichtlinie der Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: DR/BV/369/2008/II-20

abgesetzt

7.13 Konsolidierungspotential des Eigenbetriebes Städtisches Klinikum Dessau aus dem Gutachten von Rödl & Partner Vorlage: DR/BV/388/2008/II

Der Beschluss entsprechend dem Vorschlag wurde einstimmig gefasst.

Abstimmungsergebnis: 41:00:00

7.14 Konsolidierungspotential des Eigenbetriebes Stadtpflege aus dem Gutachten von Rödl & Partner Vorlage: DR/BV/385/2008/II

Der **Antrag**, zu jedem Punkt des Beschlussvorschlages eine **gesonderte Abstimmung** vorzunehmen, wurde von **Frau Ehlert, Fraktion Die Linke**, gestellt.

Herr Dr. Exner brachte diesen Antrag zur Entscheidung. Er wurde bei 12:27:02 Stimmen **abgelehnt**.

Aufgrund des Ergebnisses dieser Abstimmung stellte **Frau Ehlert** im Auftrag ihrer Fraktion folgende Änderungsanträge:

Pkt. 2 neu: „Die gebildete Rückstellung für die Deponiesanierung und die daraus erwirtschafteten Zinserträge werden an den Haushalt der Stadt Dessau-Roßlau abgeführt und von der Stadt bis zur Inanspruchnahme verwaltet.“

Da man hier eine ungeklärte Rechtslage habe, sollte die Klausel der rechtlichen Prüfung entfallen, merkte Frau Ehlert an. Des Weiteren verwies sie auf den § 5 Kom-

mAbgGesetz und auf das Gesetz zu den Eigenbetrieben. Beide Vorschriften sagen eindeutig aus, dass es sich um Gebühren handelt, die nicht vermischt werden dürfen. Gleiches gelte für Punkt 3, der neu heißen sollte:

„Die Einsparungen aus der Betreibung und Verwaltung der Straßenbeleuchtung durch den Eigenbetrieb Stadtpflege sind dem Haushalt der Stadt Dessau-Roßlau zuzuführen.“

Der Stadtpflegebetrieb hat durch die Übernahme der Aufgaben bereits zur Einsparung beigetragen, da es in der Verwaltung zuvor dafür eine Stelle gab, die nicht wieder besetzt worden ist. Richtig ist, dass nach wie vor für die Beleuchtung Zuschüsse durch die Stadt gezahlt werden. Die Änderung des Punktes 3 beinhaltet, wenn diese Zuschüsse nicht gebraucht werden, die Differenz natürlich an den Haushalt der Stadt zurückgeführt werden.

Richtig ist, dass der Punkt 2 noch eine rechtliche Prüfung beinhaltet, bestätigte **Frau Beigeordnete Nußbeck**, da wir die Zinserträge aus der Deponie im Moment in der Kalkulation für die Abfallgebühren mitführen und sie dann dem Gebührenhaushalt entziehen. Dies würde aber bei dem Vorschlag von Frau Ehlert ebenso sein. Der Änderungsvorschlag enthebt uns dieser Prüfung nicht.

Weiterhin geht es darum, dass wir zeitnah an die Liquidität des Stadtpflegebetriebes kommen wollen. Das ist nur über diesen Verkauf möglich, indem wir Vermögen dagegensetzen. Dass selbstverständlich die Rücklagen zurückzuführen sind, wenn es für die Deponiesanierung auch verwendet werden muss, ist klar. Aber der Weg der Vermögensveräußerung ist der Weg, an die Liquidität zu kommen. Sie bat darum, bei den Beschlussvorschlägen, wie sie aus dem Gutachten von Rödl & Partner abgeleitet wurden, zu bleiben.

Ebenfalls für die Bestätigung der Vorlage in der ausgereichten Form warb **Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**. Des Weiteren hätte er es begrüßt, wenn die Vorschläge in den vorangegangenen Beratungen auf den Tisch gebracht worden wären. Er könne auch mit dem Begriff „verwaltet“ nicht umgehen und fragte nach, ob damit eine treuhänderische Verwaltung gemeint sei. Wenn das so ist, wäre es kein Konsolidierungsbeitrag. Die Übertragung der Aufgabe ist zwar eine Personaleinsparung bei der Stadtverwaltung. Diese Stelle sei aber sicherlich bereits in der Zahl der Personaleinsparungen enthalten.

Zur Richtigstellung, warum der Vorschlag nicht bereits vorher eingebracht worden ist, erläuterte Herr Hoffmann, 1. Stellv. des Stadtratsvorsitzenden, dass die Geschäftsführer der Eigenbetriebe erst in der letzten Sitzung gehört wurden und einige Bemerkungen seine Fraktion, **Fraktion Die Linke**, veranlasste, darüber nachzudenken. Dass das geprüft werden müsse, sei ihnen klar, weshalb der Hinweis von Frau Nußbeck korrekt sei. Man halte es so aber für den besseren Weg, wodurch die Handlungsfähigkeit der Stadt relativ schnell gegeben wäre. Vorsorglich stellte er den **Antrag, im Punkt 3 zu ergänzen** „aus dem städtischen Haushalt **vollständig** zurückgeführt.“

In der Reihenfolge der gestellten Anträge verlas der **Stadtratsvorsitzende Dr. Exner** diese und brachte sie zur Abstimmung:

Der Antrag zur Änderung Pkt. 2 wurde bei 12:21:08 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag zur Änderung Pkt. 3 wurde bei 12.21.08 Stimmen ebenfalls abgelehnt.

Der Antrag zur Ergänzung des Punktes 3 wurde mit 12:26:03 abgelehnt.

Der Beschlussvorschlag - in der in der Beratung des Ausschusses für Finanzen und des Haupt- und Personalausschusses am 15.10.2008 geänderten und nachgereichten Fassung - wurde angenommen.

Abstimmungsergebnis: 32:07:02

**7.15 Konsolidierungspotenzial der Flugplatz Dessau GmbH (FPD) aus dem Gutachten von Rödl & Partner
Vorlage: DR/BV/386/2008/II-20**

Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, stellte den **Antrag**, den ursprünglich von der Verwaltung eingebrachten Beschlussvorschlag auf vollständige Zurückführung des Defizits aus der Betreibung des Flugplatzes wieder aufzunehmen und um einen zweiten Punkt zu ergänzen. Der Beschlussvorschlag soll lauten:

- A. Die Umwidmung des Verkehrslandeplatzes Dessau hin zu einem Sonderlandeplatz wird beschlossen, sofern damit
 1. der Abbau des Jahresverlustes der Flugplatz Dessau GmbH in Höhe von 200 TEUR möglich ist und
 2. diese Veränderungen mit den Fördervoraussetzungen vereinbar sind.
- B. Im Verfahren und Vollzug der Umwidmung ist sicherzustellen, dass auch der Betriebsform des Sonderlandeplatzes die Anforderungen des Geschäftsflugverkehrs im Umfang der bisherigen Praxis erfüllt werden.

Der Antrag wurde durch Herrn Giese-Rehm begründet, die Schriftform wurde dem Präsidium und jeder Fraktion ausgereicht.

Der Änderungsantrag der Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, vorgetragen von Herrn Giese-Rehm, wurde durch den Stadtratsvorsitzenden zur Abstimmung gebracht und mehrheitlich abgelehnt (04:34:01).

Der Beschlussvorschlag, welcher aus der gemeinsamen Sitzung von Finanz- und Haupt- und Personalausschuss vom 15.10.2008 hervorgegangen und ausgereicht worden ist, wurde durch den Stadtrat angenommen.

Abstimmungsergebnis: 35:02:02

**7.16 Konsolidierungspotenzial der WBD-Industriepark Dessau GmbH (IPG) aus dem Gutachten von Rödl & Partner
Vorlage: DR/BV/387/2008/II-20**

Der Beschluss des in der gemeinsamen Sitzung von Finanz- und Haupt- und Personalausschuss vom 15.10.2008 geänderten Beschlussvorschlages wurde mehrheitlich gefasst.

Abstimmungsergebnis: 37:00:02

**7.17 Konsolidierungspotenzial der Dessauer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (DVV) aus dem Gutachten von Rödl & Partner
Vorlage: DR/BV/390/2008/II-20**

Der Beschlussvorschlag wurde angenommen.

Abstimmungsergebnis: 39:00:01

7.18 Konsolidierungspotential der Dessauer Verkehrsgesellschaft mbH (DVG) aus dem Gutachten von Rödl & Partner
Vorlage: DR/BV/391/2008/II

Der Beschluss des in der gemeinsamen Sitzung von Finanz- sowie Haupt- und Personalausschuss vom 15.10.2008 geänderten Beschlussvorschlages wurde mehrheitlich gefasst.

Abstimmungsergebnis: 35:00:05

7.19 Konsolidierungspotenzial der Dessauer Wasser- und Abwasser GmbH (DESWA) aus dem Gutachten von Rödl & Partner
Vorlage: DR/BV/392/2008/II-20

Sich auf eine Anfrage der Fraktion Die Linke aus dem Ausschuss beziehend, führte **Frau Beigeordnete Nußbeck** aus, dass die Auswirkungen hinsichtlich der Hartz-IV-Empfänger dargestellt werden. Man gehe davon aus, dass der Betrag voraussichtlich 80-120.000 EUR ausmacht. Allerdings sind davon noch nicht die Landesmittel sondern nur die Bundesmittel gegen gerechnet. Dieser Betrag ist dennoch in der Konsolidierungssumme 800.000,- € berücksichtigt und ist der Netto-Konsolidierungsbetrag.

Frau Andrich fragte nach, ob schon die Absenkung des Bundes bei der Beteiligung der Kosten der Unterkunft ab 2009 eingerechnet wurde. Es wurde insgesamt noch nicht eingerechnet, entgegnete **Frau Nußbeck**, im Moment gehe man davon aus, dass es eine Mehrbelastung für den Haushalt von 700.000,- € ausmachen wird, unabhängig von dem hier Besprochenen.

Herr Hoffmann, stellv. Stadtratsvorsitzender, erklärte darauf, hinsichtlich der eintretenden Folgen sei man hier relativ unsicher. Da es letztlich mit Gebührenerhöhung einhergehen wird, werde die **Fraktion Die Linke** der Vorlage nicht zustimmen.

Dem in der gemeinsamen Sitzung von Finanz- sowie Haupt- und Personalausschuss vom 15.10.2008 geänderten Beschlussvorschlag wurde mehrheitlich zugestimmt

Abstimmungsergebnis: 28:08:04

7.20 Konsolidierungspotenzial aus Veräußerung von Unternehmensanteilen aus dem Gutachten von Rödl & Partner
Vorlage: DR/BV/389/2008/II-20

Sein heutiges, geändertes Stimmverhalten begründete **Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM**. In der Hauptausschusssitzung am 08.10. habe er bereits darauf hingewiesen, dass man sich, wenn im Punkt 3 die Veräußerung von Unternehmensanteilen als grundsätzliche Zustimmung enthalten bleibt, mit diesem Beschluss über das Bürgerbegehren hinwegsetzt. Es werde hier eine Bürgermeinung konkretisiert, die rechtlich eigentlich erst zu einem späteren Zeitpunkt Gegenstand der Stadtratssitzung sein soll. Aus diesem Grund habe er darum gebeten, die Wortwahl „Veräußerung von Unternehmensanteilen“ gänzlich aus der Beschlussvorlage herauszunehmen.

Da es nicht erfolgt ist, **beantrage** er heute die **Streichung** „insbesondere von **Unternehmensanteilen**“ **im Punkt 3** (neu ausgereichte Beschlussvorlage mit Datum 16.10.2008 mit den Ergebnissen der Einzelabstimmung in der Beratung der Ausschüsse vom 15.10.2008). .

Sollte dieser Streichung mehrheitlich nicht zugestimmt werden, **beantrage er die namentliche Abstimmung zu diesem Punkt**.

Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, bestätigte, dass dies Thema im Ausschuss war. Es habe aber ein Argument gegeben, warum dies eben nicht gestrichen werden sollte. Er bat Frau Nußbeck diesbezüglich um Erläuterungen.

Auf der Tagesordnung stehe als letzte Beschlussvorlage eine Konzeption zur Vermarktung städtischer Immobilien (BV 347), führte **Frau Beigeordnete Nußbeck** aus. Es gebe zwei Konsolidierungsvorschläge, die sich mit Vermögensveräußerungen befassen. Der Vorschlag 9004 befasst sich ausdrücklich mit Vermögensveräußerung. Wenn man jetzt lediglich von Vermögen spreche, suggeriere man, als hätte man nicht schon einen anderen Vorschlag. Man habe aber schon 14 bzw. 12 Mio. EUR mit Vermögensveräußerung untersetzt. Deshalb rede man hier bei dem Vorschlag 9005 sehr wohl über Unternehmensanteile.

OB Koschig ergänzte, es sei die letzte Vorlage der Konsolidierungsvorschläge. Die Stadt müsse am 31.10.2008 ein schlüssiges Gesamtkonzept in Halle einreichen, in dem die gesamte Konsolidierungsmasse nachgewiesen wird. Hier handelt es sich um einen nachrangigen Arbeitsrichtungsbeschluss. Es werde hier nichts beschlossen, sondern eine weitere Arbeitsrichtung vorgegeben, die aber dem Landesverwaltungsamt gegenüber ein klares Signal setzt, wie 2016 das Endergebnis erreicht werden soll.

Mit der Mahnung an alle Stadträte, ihr Stimmverhalten zu überdenken, wies **Herr Bönecke** nochmals darauf hin, wenn der Wortlaut „Unternehmensanteile“ in der Vorlage belassen wird, setze man sich über den § 26 unserer Gemeindeordnung hinweg. Damit ist die Beschlussvorlage anfechtbar. Auf Nachfrage verlas Herr Bönecke den angeführten § 26.

Erläuternd merkte **Herr Dr. Exner** an, es gebe eine Sperrwirkung durch den laufenden Bürgerentscheid, hier gegenteilige Beschlussfassungen vorzunehmen. Er übergab des Weiteren Herrn Westhagemann, Leiter des Rechtsamtes der Stadt, das Wort.

Herr Westhagemann stellte richtig, es gebe derzeit noch keine Sperrwirkung im Rechtssinn. Diese werde erst dann erzeugt, wenn der Rat die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens festgestellt hat. Erst dann können gegenteilige Beschlüsse nicht mehr gefasst werden. Inhaltlich ergänzend merkte **Herr Koschig** an, bei dem Bürgerbegehren gehe es um die kommunalen Unternehmen der Daseinsvorsorge, wovon hier keine Rede sei und die Formulierung ist kein Veräußerungsbeschluss, sondern stellte **eine** Option dar. Bis zur Feststellung der Zulässigkeit des Bürgerbegehrens können wir weitere Möglichkeiten ausschöpfen. Davon abgesehen appellierte er nochmals an die Mitglieder des Stadtrates, selbst weitere Konsolidierungsmaßnahmen vorzuschlagen. Immer wieder werde hier angesprochen, den Bürger an der Konsolidierung nicht zu beteiligen, aber dann müssen andere Vorschläge kommen. Momentan könne bis zum 31.10. nicht nachgewiesen werden, dass wir völlig auf diese Option verzichten können, aber signalisieren, dass es nur eine Option ist und wir weiter am Suchen sind.

Herr Hoffmann, Fraktion Die Linke, merkte an, es mag rechtlich noch keine Sperrwirkung eingetreten sein, aber für seine Fraktion sei es keine Option. Hier soll ein Vorratsbeschluss gefasst werden. Es heißt, wenn sich keine Lösungen aus Punkt 1 ergeben, werde diese Option gezogen. Er halte es für unfair gegenüber denen, die dieses Bürgerbegehren betrieben haben, sich schon im Vorfeld auf solch eine Option einzulassen.

Der Antrag von Herrn Bönecke sei ebenfalls der der **Fraktion Die Linke**. Man beantrage ebenfalls eine Einzelabstimmung der Punkte.

Er halte es für unfair, wie hier argumentiert wird, interpellierte **Herr OB Koschig**. Man rede von einem Beschluss, der nacheinander zu vollziehen ist. Das Bürgerbegehren ist da, er habe in seinem Bericht den Zeitablaufplan des Umgangs mit dem Bürgerbegehren vorgetragen. Bis zum 30.09. sollen weitere Konsolidierungspotenziale als erstes untersucht werden. Wir werden schon im Frühjahr, wenn die Zulässigkeit bestätigt ist, über das Bürgerbegehren befinden. Der Stadtrat stehe aber viel eher in der Pflicht, einen Beschluss zu fassen: Verkauf ja oder nein. Und der Punkt 1 stehe erst am 30.09.2009 auf der Tagesordnung. Er wies die Unterstellung zurück, den Stadtrat hintergehen und diese Option ziehen zu wollen. Der Beschlussvorschlag sei gemeinsam in zwei Haushaltsausschusssrunden hart erarbeitet worden und man habe sich darüber verständigt, dass es sich um das komplette Konsolidierungspotenzial handelt, welches dem Landesverwaltungsamt angeboten werden kann.

Herr Giese-Rehm unterstrich, dass die **Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, den Punkt 3 in keinem Fall als Vermögensveräußerungsbeschluss, der dann konkret gefasst werden muss, zu werten. Es ist ein Vorratsbeschluss, der eine Option darstellt, die sie, wenn das Bürgerbegehren festgestellt ist, nicht ziehen wollen. Weiterhin erinnerte er an die offene Lücke von 15,5 Mio. €, die bis 2016 gedeckt werden soll, wofür es bisher keine alternativen Vorschläge gibt.

Die **SPD-Fraktion** werde beide Vorschläge der Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM unterstützen, erklärte **Herr Eichelberg**. Dass die Verwaltung nicht immer richtig liegt, hätten die letzten Tage gezeigt und er erinnerte an die Ausschreibungen der Verkehrs GmbH, Linienkonzession.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM, ging zunächst auf die erwähnte Linienkonzession ein. Hierbei muss er zu der Schlussfolgerung kommen, dass der Stadtrat bewusst hintergangen wird, weil die Erkenntnisse, die auch der Städtetag in der gemeinsamen Sitzung mit dem Verwaltungsrat erörtert hat, in der Verwaltung bekannt waren.

Wenn man nun zu dem Beschlussvorschlag Punkt 3 kommt und sagt, wir müssen ihn so beschließen, um gegenüber dem Landesverwaltungsamt glaubhaft zu sein, dann könne er nur sagen, wir sind nicht glaubhaft, wenn wir es beschließen. Das Landesverwaltungsamt weiß längst, dass ein Bürgerbegehren in Dessau läuft und es Landesbedienstete und ehemalige Landesbedienstete gibt, die daran sind, Unternehmensanteile von Dessauer Unternehmen zu verkaufen und damit Geschäfte machen. Diese haben schon bei ihm angerufen und gefragt, wie belastbar unser Bürgerbegehren ist. Das Landesverwaltungsamt würde also unseren Beschluss zur Seite legen und sagen, mit dem Bürgerbegehren könne die Stadt ohnehin nicht mehr verkaufen.

Herr Otto zitierte weiter aus der Landesverfassung, in der steht: „Nach Feststellung der Zulässigkeit des Bürgerbegehrens sollte eine nach dem Begehren entgegenstehende Entscheidung nicht mehr getroffen oder mit dem Vollzug einer derartigen Entscheidung nicht mehr begonnen werden.“ Deshalb bestehe seine Fraktion auch auf die namentliche Abstimmung, damit der Bürger, der das Bürgerbegehren mit unterzeichnet hat, weiß, wer seinen Bürgerwillen ignoriert.

Im Zusammenhang mit dem Bürgerbegehren die Worte fair oder unfair zu verwenden, halte er für sehr gewagt, betonte **Herr Pohl, CDU-Fraktion**. Er war persönlich dabei und habe gehört, mit welchen Fragestellungen z. T. Unterschriften für dieses Bürgerbegehren geworben wurden, nämlich: „Sie sind doch sicher dagegen, dass alles verkauft wird, weil dann sowieso alles teurer wird.“ Diese Frage sei unzulässig vereinfacht worden und von vornherein etwas impliziert, was überhaupt nicht der Realität und der Absicht entspricht. Er empfinde es z. T. unerträglich, welches Vokabular gegenüber der Verwaltung gebraucht wird und sogar Betrugsabsichten unterstellt. Dies müsse man sicher zurückweisen. Es nutzt auch gar nichts, sich als Bewahrer „von Volkseigentum“ darzustellen.

Wir haben in diesem Haushalt ein Potenzial von knapp 50 Mio. € zu decken! Das Schreiben des Landesverwaltungsamtes spreche Klartext. Jetzt bemühe man sich, bei Potenzialen - er habe auch selbst gegen die Hundesteuersatzung gestimmt und damit sicher nicht die Freude der Finanzdezernentin auf sich gezogen - und habe immer noch einen offenen Betrag von 18-19 Mio. €. Wenn es nicht gelingt, und nichts anderes sage dieser Punkt 3 aus, das Landesverwaltungsamt dafür zu gewinnen, über das Jahr 2016 hinaus die Folgeeffekte zu betrachten und weil zu befürchten ist, dass es das Landesverwaltungsamt sehr bürokratisch handhaben wird, nur für diesen Fall und als letzte Möglichkeit muss es erlaubt sein, hier zu formulieren, dass man sich Unternehmensanteile als letzte Option offen hält.

Zu dem Beitrag von Herrn Pohl merkte **Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM**, vorab an, wer die Wahrnehmung demokratischer Grundrechte als zweifelhaft, ungehörig oder anders bezeichnet, den versehe er als demokratisch gewählten Vertreter in diesem Haus mit einem Fragezeichen.

Seine Frage zielte jedoch auf das von Herrn Koschig Gesagte. Er habe genau das gesagt, was ihre Bedenken trägt: „Die einzelnen Punkte werden nacheinander abgearbeitet und vollzogen.“ Deshalb frage er, welche Alternative habe er noch, wenn Punkt 1 und 2 nicht vollständig tragen. Wenn er sagt, sie werden nacheinander vollzogen, es bleibt ein Restbetrag offen, welche Alternative wolle er dann präsentieren, außer dem Verkauf. Wenn man diesen Verkauf als Vollzugsalternative habe, setze man sich wieder über das Votum von über 9.000 Bürgern der Stadt hinweg.

Ihren ausdrücklichen Dank richtete **Frau Lohde, CDU-Fraktion**, an Frau Nußbeck, dass sie die Kraft aufbringt, als Frau an der Verwaltungsspitze, hier die Konsolidierung aufzuschreiben, zu untersetzen. Sie denke, Frau Nußbeck habe ein Arbeitspensum zu leisten für uns, welches für manchen unvorstellbar sei. Dennoch findet sie die Zeit, wenn jemand mit einem Problem kommt, sofort zur Verfügung zu stehen. Es sei einfach an der Zeit, ihr zu danken. Sie hat 9 Vorschläge absolut akribisch unterlegt. Sie macht die Hausaufgaben für Schulden, die sie nicht selbst produziert hat. Deshalb richte Frau Lohde die Aufforderung an Pro Dessau, Herrn Otto, er solle doch bitte für den offenen Betrag einen Vorschlag unterbreiten. Dies wäre konstruktiv, die Bürger aufzufordern, sich hier zu engagieren.

Sie denke, die Schulden seien in der ersten und zweiten Wahlperiode gemacht worden, merkte **Frau Andrich, Fraktion Die Linke**, vorab an, wovon man noch heute zehre. Ihr Anliegen sei aber, eines in die Diskussion einzuwerfen: Sie habe in Landtagsdokumenten gelesen, im Zusammenhang mit der Anfrage eines SPD-Abgeordneten zur Zwangsverwaltung eines Kreises kam die Frage auf, muss ein Insolvenzverwalter eines Kreises sich an ein Bürgerbegehren halten? Die Antwort der Landesregierung und des Landesverwaltungsamtes lautete: „Ja, der Zwangsverwalter hat dieses Bürgerbegehren einzuhalten.“

Es war zu erwarten, dass die Diskussion heute in diese Richtung gehen würde, entgegnete **Herr Weber, CDU-Fraktion**. Er habe nichts anderes von der vereinigten Dessauer Linken erwartet, was in den letzten Wochen absehbar wurde. Den Bürgern habe aber niemand erklärt, welche Konsequenzen ihr Nein mit sich bringt, dass die Streichung aller freiwilligen Leistungen die logische Konsequenz ist, die folgt, wenn die Konsolidierung nichts bringt. Herr Weber erinnerte daran, dass es schon vor 7 Jahren keine Alternative mehr gab. Er gehöre nicht zu denen, die sagen, er habe die Schulden zu Unrecht gemacht, die Kredite wurden nämlich zu Recht aufgenommen und für Investitionen verwendet, die dringend notwendig waren. Dies wolle er bescheinigen. Dennoch habe man heute die Schulden und es könne niemand, der etwas vom Haushalt versteht, ernsthaft glauben, dass wir mit kleinen Beträgen hier und dort weiter kommen. Richtig ist, dass der Stadtrat dazu gezwungen hat, besser nachzudenken, Alternativen zu suchen und nicht so voreilig zu handeln, wie es noch vor 7 Jahren geschehen wäre. Aber es ist nicht ernsthaft so, dass man eine Alternative hat.

Der Beschluss der Konsolidierungsmaßnahmen, den man heute zu treffen habe und schon getroffen hat, ist gut und zielführend, weil die aufgezeigten Einsparungen, Gewinnabführungen oder zusätzlichen Aufgabenübernahmen das Zukunftspotenzial der städtischen Betriebe aufzeigen. Es werde gehandelt, wo bisher nur zugesehen wurde. Andererseits entzieht aber der Stadtrat durch seine heutigen Beschlüsse den städtischen Betrieben zukünftig Kapital. Ihnen wird Kapital entzogen, was diese für ihre gedeihliche Entwicklung dringend selbst benötigen. Als Beispiel nannte Herr Weber das Städtische Klinikum und die im nächsten Jahr anstehenden weiteren Gesundheitsreformschritte.

Die Kapitalwegnahme sei aber auch eine Gewinnverschleierung, die bei einer Bewertung nach dem Ertragsverfahren schon etwaige Beteiligungserlöse schmälern würden und bei der Bewertung nach dem Anlagewertverfahren bei potenziellen Investitionspartnern einen Teil der Beteiligungsinteressen reduzieren würde. Hingegen würde eine Kapitalbeteiligung von nur 20 % an der Holding der DVV, nämlich unter der Voraussetzung, sie im Stück zu erhalten, zu einer raschen Entschuldung der Stadt Dessau-Roßlau führen, das vorhandene Kapital der Gesellschaften unangetastet lassen und in den Jahren bis 2016 zu einem Konsolidierungspotenzial von annähernd 78 Mio. EUR führen, ohne zusätzliche Belastungen für die Bürger zu bedeuten. Allein die absehbare und nunmehr beschlossene Zustimmung der Erhöhung des Wasser- und Abwasserpreises stelle für Herrn Weber einen schwerwiegenden Fehler dar und es sei ihm nicht verständlich, wie gerade die Gegner der Kapitalbeteiligung dies dem Bürger erklären werden. Es wird von den Gegnern der Kapitalbeteiligung aus der privaten Wirtschaft doch gerade immer, nach seiner Meinung fälschlich behauptet, dass die Kundenkosten durch private Beteiligungen zwangsläufig steigen würden. Nun steigen die Preise gerade deshalb, weil sie keine Beteiligungen haben wollen.

Herr Puttkammer, CDU-Fraktion, drückte seine Befürchtungen aus, was in dem Augenblick passiere, wo die Stadt pleite ist. Was mute man dann unseren Bürgern zu und wie erklärt man das. Das treffe dann die Ärmsten der Armen. Weil bereits viele Argumente ausgetauscht wurden, sollte man sich aber jetzt zu einer Entscheidung durchringen.

Es sei allen klar, dass die Situation ernst ist, erwiderte **Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**. Man sollte aber von Panikmache abgehen. Zurück kommend zur Beschlussvorlage, benannte er den Inhalt von Punkt 1 und Punkt 2. Der dritte Punkt heiße dann „Erst wenn dann die aktuelle Finanzplanung 2009 ...“ und über die aktuelle Finanzplanung 2009 rede man mit dem Haushalt 2009. Dieser werde im Dezember eingebracht. So gibt es gar keine Panikmache, dass damit der Bürgerentscheid unterlaufen würde, da er am 3. Dezember im Stadtrat eine große Mehrheit finden wird. Also erst wenn im Rahmen der aktuellen Finanzplanung 2009 etwas übrig bleibt, dann ist es dieses Defizit. Hier sollte man sich einfach taktisch verhalten, da gegenüber dem Landesverwaltungsamt dokumentiert werden muss, dass wir gewillt sind, den Haushaltskonsolidierungsvorschlag mit den 47 Mio. € zu untersetzen - leider folgte man dem Vorschlag seiner Fraktion nicht, wodurch 60 TEUR weniger konsolidiert werden. Er sprach sich für die Beschlussfassung in der vorliegenden Form aus und warb dafür, allen drei Punkten auch die Zustimmung zu geben, denn nur im Gesamtpaket würde es wirklich aufgehen.

Von **Herrn Busch**, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, wurde der **Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Debatte** gestellt.

Wenn es Zeit habe bis 2009, führte **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM**, an, könne man den Punkt 3 auch so formulieren: Wenn das alles nicht gelingt und mit dem Land auch verhandelt wurde, ob man die Haushaltskonsolidierung nicht noch zwei Jahre hinausschieben kann, wird im Jahr 2009 im Rahmen der Haushaltsdiskussion der Punkt 3 beschlossen. Dann sei der Bürgerentscheid durch und man wäre aus allen Problemen heraus.

An Herrn Weber gerichtet, wie er dem Bürger erklären würde, warum das teurer wird, wenn Vermögensanteile verkauft werden, legte **Herr Otto** dar, weil man das Geld aus den Unternehmen herausziehen wolle für den städtischen Haushalt. Das ist eine Belastung für das Unternehmen, was Teile verkauft.

Wenn ich Unternehmensanteile verkaufe und das Geld an die Stadt gebe, entlaste ich das Unternehmen nicht, aber derjenige, der Geld dafür gegeben hat, will dafür zusätzlich seine Dividende haben. Man schwäche also die Betriebe zusätzlich und belastet den Bürger, weil es nur über die Gebühr wieder hereingeholt werden kann. Wenn ich das Geld im Unternehmen lasse, sei das etwas ganz anderes. Aber dann würde ich das Unternehmen wirklich stärken und dann würde das Unternehmen wirtschaftlich besser dastehen.

Sein Vorschlag: Der Punkt 3 sollte auf die Haushaltsdiskussion 2009 verschoben und heute nur die Absichtserklärung gegeben werden, es dann 2009 im Rahmen der Haushaltsdiskussion unter Einbeziehung des Bürgerentscheides zu diskutieren.

Herr Hoffmann, stellv. Stadtratsvorsitzender, stellte fest, die Linie der politischen Willensbildung sei erkennbar und man benötige keine politischen Statements mehr. Als Antwort an Herrn Koschig gewandt, erklärte er, er habe nichts unterstellen, aber deutlich machen wollen, dass Sprache so gefährlich ist, dass man ein Wort völlig anders

verstehen kann. Herrn Puttkammer sei er für seine Worte dankbar, welche zur Versachlichung beigetragen haben. Es finde hier Willensbildung statt, was aber nicht dazu führen darf, hier Politschelte auszuteilen, wie „die neue Linksfraktion“ o. Ä. Für ihn sei deutlich geworden, alle die, die um die Erhaltung des Satzes 3 gekämpft haben, gehen aber ein Stück weit davon aus, dass man möglicherweise eine solche Option ziehen muss. Deshalb sage er klar, wenn man anfangs, solche Dinge politisch zu diskutieren, bringe es keine Effekte. Hier gehe es um eine politische Grundsatzposition, die jeder auf die eine oder andere Art zu tragen hat.

Am Ende der Debatte fasste **Herr Dr. Exner, Stadtratsvorsitzender**, die vorliegenden Anträge zusammen und legte das folgende Verfahren fest. Es gab dazu keine Einsprüche, so dass die Abstimmung wie folgt vorgenommen wurde.

Antrag, die drei Beschlusspunkte getrennt abzustimmen - 18:21:00 - abgelehnt.

Antrag, im Punkt 3 ersatzlose Streichung der Worte

„insbesondere von Unternehmensanteilen“ - 18:20:01 - abgelehnt

Antrag auf namentliche Abstimmung zur Vorlage - 18:20:01 - abgelehnt

Die Abstimmung zur Gesamtvorlage wurde durchgeführt.

Dem in der gemeinsamen Sitzung von Finanz- sowie Haupt- und Personalausschuss vom 15.10.2008 geänderten Beschlussvorschlag wurde mehrheitlich zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 20:18:01

7.21 Änderung der Zweckvereinbarung über die Durchführung der Notfallrettung mittels Notarzteeinsatzfahrzeug und Rettungstransportwagen im Landkreis Wittenberg
Vorlage: DR/BV/342/2008/II-37

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 37:00:00

7.22 Abwägung der zum Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 205 "Wohnbebauung Bräsener Weg" vorgebrachten Stellungnahmen
Vorlage: DR/BV/352/2008/VI-61

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 34:00:02

7.23 Benennung des 2. Bauabschnittes der "Stadteinfahrt Nord"
Vorlage: DR/BV/362/2008/VI-62

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 26:00:10

7.24 Einziehung öffentlicher Verkehrsflächen

- nördlicher Teilabschnitt Gartenstraße (Zwischen Turmstraße und Stenesche Str.)
- nördlicher Teilabschnitt Bauhofstraße (nördlich Am Leipziger Tor bis zur Wärmeübergabestation)
- Westliches Ende der Elisabethstraße (ca. 50 m) im Abschnitt nördlich des ehemaligen "Andes-Gelände" und die Gehwege auf der Nord- und Südseite in diesem Abschnitt

Lage: siehe Übersichtspläne

Vorlage: DR/BV/351/2008/VI-66

Bürgermeister Gröger erklärte, es handele sich als Folge des Stadtumbauprozesses um nicht mehr benötigte Infrastrukturen und damit um eine Entlastung des städtischen Haushaltes aus der Baulast.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 36:00:00

Der öffentliche Teil der Sitzung wurde beendet und Nichtöffentlichkeit hergestellt.

10. Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde geschlossen.

Dessau-Roßlau, 02.12.08

Dr. Stefan Exner
Vorsitzender des Stadtrates

E. Baumer
Schriftführerin